

3. Historische Darstellung des nationalen Konflikts

Wie in der Einleitung im Rahmen der Skizze des Forschungsdesigns erläutert, liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der exogenen Verursachung oder Beeinflussung des nationalen Konflikts in den peripheren Regionen Spaniens. Der analytischen Fokussierung auf die Prozesse der ökonomischen und kulturellen Globalisierung, auf die Europäisierung und die internationalen Migrationsbewegungen liegt die Annahme zu Grunde, dass nationalspezifische Entwicklungen nicht isoliert betrachtet werden können und im Rahmen internationaler und globaler Prozesse kontextualisiert werden sollten. Der nationale Konflikt, der sich zunächst als binnennationale Auseinandersetzung darstellt, in der politische Machtansprüche zweier Nationalismen konkurrieren, ist immer zugleich auch als Reflex auf internationale Entwicklungen zu interpretieren. Internationale ökonomische, politische und kulturelle Dynamiken modifizieren die Kontextbedingungen, in deren Rahmen sich die sozialen Prozesse auf nationaler Ebene realisieren. Die Sensibilisierung für den großen Einfluss internationaler und globaler Entwicklungen auf die nationale Geschichte, der zumal im Kontext der zunehmenden globalen Vernetzung zunimmt, darf jedoch den Blick auf die nationalspezifische Dynamik der innerspanischen Entwicklung versperren. Nicht zuletzt stellt diese auch eine nationale Form der Verarbeitung und Adaption internationaler Entwicklungen dar. Die Betrachtung der nationalgeschichtlichen Dimension ist auch deshalb hinzuzuziehen, weil sich ohne die Untersuchung der partikularen Entwicklungen nicht erklären lässt, warum sich in manchen Nationalstaaten ein nationales Aufbegehren in der Peripherie herausgebildet hat und warum in anderen nicht.

Im Rahmen des folgenden Abschnitts muss von vielen Einzelaspekten der historischen Entwicklung der beiden Nationalbewegungen abstrahiert werden. Die Geschichte des baskischen und katalanischen Nationalismus ist ein sehr intensiv bearbeitetes Forschungsfeld, das aus unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet wurde. Von der politischen Ereignisgeschichte, der Geschichte der politischen Ideologien des Nationalismus, der Organisationsgeschichte, der Wirtschafts- und Sozialge-

schichte und aus komparativer Perspektive sind verschiedene Erklärungen der Entstehung und Persistenz der beiden Nationalbewegungen vorgelegt worden. Zahlreiche Monographien und Forschungsarbeiten haben ideen- und organisationsgeschichtliche Perspektiven auf den baskischen und den katalanischen Nationalismen geworfen (zum Baskenland vgl. Fusi 1984, Elorza 2001, Mees/de Pablo 2005; zu Katalonien vgl. Balcells 2004, Bernecker et al. 2007, Brunn 1978, Hina 1978, Vilar 1977, Buch 2007). Andere haben ausgewählte, zeitgeschichtliche Aspekte der Fortentwicklung und Transformation der Nationalismen im frankistischen Regime im Kontext der antifrankistischen Opposition und der *transición* thematisiert (im baskischen Fall: vgl. Casanova 2007, Garmendia 1996, Helmerich 2002, Kasper 2008, Pérez-Agote 2008, Segura 2009; im katalanischen Fall: vgl. Caminal 1998, Dowling 2005, Guibernau 2004, Kraus 2007, Santamaría 2011). Die im Rahmen dieser Arbeit vorzunehmende historische Rekonstruktion des nationalen Konflikts soll und kann lediglich hinsichtlich der im erläuterten Forschungsdesign strukturierten Problematisierung erfolgen. Die Aspekte der externen Einflüsse der Modernisierung, der Entstehung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse und des Nationalstaats sollen dabei mit ausgewählten Aspekten der ‚internen‘ Nationalgeschichte Spaniens verknüpft werden.

Die historische Darstellung der Entwicklung des nationalen Konflikts im Baskenland und in Katalonien wird sich auf folgende Entwicklungsschritte konzentrieren: die Entstehung moderner, nationalstaatlicher Strukturen in Spanien (3.1), die Entwicklung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen in den beiden Untersuchungsregionen (3.2), das Erstarken der Nationalbewegungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts (3.3), die Modernisierung der Nationalbewegungen bis zur Zweiten Republik (3.4), die Entwicklung des peripheren Nationalismus während des Frankismus (3.5) und schließlich die jüngste Geschichte der beiden Nationalbewegungen im Rahmen der Demokratisierung des politischen Systems Spaniens (3.6).

3.1 DIE SCHWIERIGE GEBURT DES SPANISCHEN NATIONALSTAATS

Der Historiker Charles Tilly hat die Ära nach der französischen Revolution als eine Epoche oder Periode des Auflebens des Nationalgedankens und dessen Umsetzung in der politischen und gesellschaftlichen Realität beschrieben:

„Nach 1789 verlangten die Machthaber in Europa im Namen der Nation immer größere Opfer von ihren Bürgern und erklärten, das Interesse der Nation müsse demgegenüber allen anderen Interessen den Vorrang haben [...] Die kulturelle Uniformität innerhalb der Staaten nahm zu, ebenso die kulturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten. Sprecher nationaler

Minderheiten verlangten häufiger als vor 1789 die politische Anerkennung oder die Gründung eigener Staaten.“ (Tilly 1999: 84)

In den auf 1789 folgenden einhundertfünfzig Jahren hätten sich die meisten mit Gewalt herbeigeführten politischen Machtwechsel im Namen unterdrückter Bevölkerungen in bestimmten, begrenzten Territorien ereignet (ebd.). Im 19. Jahrhundert, das in der europäischen Geschichtsschreibung oftmals als das „Jahrhundert des Nationalismus“ dargestellt wird, zeigt sich auch in der spanischen Geschichte das Phänomen des Nationalismus. Den wiederholten Versuchen, einen effektiven spanischen Nationalstaat zu gründen mit der gesamtspanisch-kastilischen Nationenkonzeption im Zentrum, steht das Aufleben peripherer Gegenbewegungen entgegen, die ein nationales Gegenprojekt artikulieren.

Seit dem Sieg Philipps V. (1700-1724 und 1724-1726) im spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) stand ein Bourbonne an der Spitze des spanischen Staates, der mit seinem Amtsantritt nach französischem Vorbild eine Verwaltungsreform angestoßen hatte, die auf die Schaffung eines absolutistischen, zentralistischen Staates abzielte. Durch die Hegemonie der kastilischen Krone wurde die in diesem Zusammenhang entworfene Staatsidentität zum „Synonym der kastilischen Identität“ (vgl. Hroch 2005: 51). Durch die Zentralisierung der politischen Macht mussten diejenigen territorialen Mächte, die sich im Spanischen Erbfolgekrieg gegen die Bourbonen und auf die Seite des habsburgerischen Gegenkandidaten gestellt hatten, das Königreich Aragonien mit dem Prinzipat Katalonien sowie das Königreich Valencia, schmerzhaft Einschnitte in ihre politische Autonomie erleiden, so dass sich vom „Ende Hispaniens als einer aus verschiedenen Reichen zusammengesetzten Monarchie“ (Collado-Seidel 2010: 68) sprechen lässt. Die Koexistenz der unterschiedlichen Königreiche auf der iberischen Halbinsel, die zuvor durch die Habsburger Monarchie und durch das Prinzip der dynastischen Loyalität, bei gleichzeitigem Genuss eigenständiger Hoheitsrechte, vereint wurden, fand mit der Bourbonen-Dynastie ihr Ende.

Im Kontext der napoleonischen Kriege auf der iberischen Halbinsel (1807-1814) kam es zu zwei Versuchen, dem spanischen Staat eine Verfassung zu geben. Gegen die als Oktroy empfundene, von Napoleon in Bayonne diktierte neue Verfassungsordnung für Spanien, das „Statut von Bayonne“ (1808), wurde mit dem Verfassungsentwurf von Cádiz (1812) ein Gegenprojekt entworfen. Diese ‚erste spanische Verfassung‘ stellte einen Kompromiss zwischen den Verfechtern der alten Ordnung und den spanischen Vertretern der Idee der Aufklärung dar. Sie war Ausdruck des liberalen Geistes und des spanischen Nationalgedankens, der als Volkssouveränität konzipiert wurde. Die Verfassung wurde verabschiedet und proklamiert von einer Versammlung, die sich als Repräsentant der Volkssouveränität verstand. Mit der Verfassung von Cádiz wurde das Projekt eines zentralistischen, liberalen Spanien entworfen, als nationale Antwort auf die Krise des *Ancien*

Régime. Sie markiert zugleich einen bedeutenden Schritt in der spanischen Geschichte, die im weiteren 19. Jahrhundert durch den Konflikt zwischen aufgeklärtem Liberalismus und dem absolutistischen *Ancien Régime* geprägt war.

Gegen den Geist der liberalen Verfassung von Cádiz, die im Folgenden zum Referenzmodell für den spanischen Liberalismus wurde, regten sich Widerstände aus dem Lager des Absolutismus und dessen Anhängern in den Peripherien Spaniens, die eine weitere Zentralisierung und Beschneidung ihrer Vorrechte befürchteten. In dieser Zeit bildeten sich zwei entgegengesetzte Blöcke in der spanischen Politik heraus, die so genannte Entstehung der ‚dos Españas‘ („zwei Spanien“) (vgl. Juliá 2006). Im Verlauf des 19. Jahrhunderts kommt es zu einem Wechselspiel und Konflikt zwischen dem absolutistischen und liberalen Lager, eine

„langwierige und häufig von Gewalt begleitete Konfrontation zwischen dem bürgerlichen Liberalismus und der Reaktion, die sich gegen die Moderne sperrte und die Gesellschaftsordnung des *Ancien Régime* als Leitbild behielt.“ (Collado-Seidel 2010: 78)

Diese politischen Oppositionen wurden zur manifesten Gewalt nach dem Tod von Ferdinand VII. (1833), als sich der liberale Flügel mit der von ihm unterstützten Thronnachfolgerin María Cristina de Borbón (1833-1840) durchsetzen konnte. Der nun dominierende Liberalismus setzte die weitere Modernisierung und Zentralisierung des spanischen Staates, so z.B. durch die Aufteilung des spanischen Territoriums in Provinzen nach französischem Beispiel, durch.

„Durch die unmittelbare Unterstellung der Provinzen unter die Madrider Regierung und die Ernennung ihrer Zivilgouverneure durch das Innenministerium waren die historischen Landschaften, die alten Reinos, als Verwaltungskörperschaften aufgelöst.“ (Bernecker 2007: 70)

Gegen diese Reformen, die unter anderem auch auf die Zurückdrängung des Einflusses der Kirche abzielten, formierte sich ein absolutistisch-katholischer Block, der im Verlauf des 19. Jahrhunderts in mehreren Putschversuchen einen Gegenkönig, zunächst Karl Isidro de Borbón, den zweiten Sohn Karls IV. und späteren Nachkommen dieser Linie, zu inthronisieren versuchte. Nach dessen Namen wurde das neue Oppositionslager als ‚Karlismus‘ bezeichnet. Unter der Losung „Für König, Gott und Vaterland“ setzte sich der Karlismus für die Wiederherstellung der alten Ordnung ein und nahm dabei auch die Forderung nach der Wiederherstellung der 1833 abgeschafften regionalen Sonderrechte der alten Dynastien, der baskischen und navarresischen *fueros* und der regionalen Freiheiten Aragoniens und Kataloniens, auf. Dieses monarchistische Bündnis konnte in den von den Reformen von 1833 betroffenen Regionen besonderen Rückhalt erlangen.

„To the carlists, the defence of ‚traditional liberties‘ and privileges of Spanish regions meant upholding a pre-liberal view of the State, in the form of a ‚joint monarchy‘, denying the principle of national sovereignty.“ (Núñez-Seixas 1996: 180)

Im 19. Jahrhundert wird in drei so genannten ‚Karlistenkriegen‘ der Widerspruch zwischen den beiden politischen Projekten des liberalen, konstitutionalistischen Lagers und der monarchistischen Reaktion militärisch ausgetragen. In deren Verlauf haben die regionalen Restitutionsforderungen einen immer bedeutenderen Stellenwert erhalten, regionale Kulturen und Besonderheiten wurden von den traditionalistischen Sektoren bewusst gefördert (vgl. ebd.: 184). 1844 wurden Teile des alten Foralsystems von dem gemäßigten Liberalismus an der Macht wiedereingeführt.

1875 kommt es zur Etablierung des politischen Systems der Restauration (1875 ff.), das in einem Putsch die Regierung der demokratischen und revolutionären Kräfte, die zwischen 1868 und 1874 einen starken Einfluss in der spanischen Politik hatten (das so genannte ‚sexennio revolucionario‘), ablöste. Das nun regierende moderate Regime der konservativen Kräfte brachte unter der konservativen Regierung von Antonio Cánovas del Castillo (1875-1923) politische Stabilität. Es wurde eine „geschickt ausgearbeitete Verfassung“ (Vilar 2005: 93) etabliert, die auf lokaler Ebene auf der Macht der Kaziken, den lokalen ökonomischen und politischen Eliten, fußte sowie auf nationaler Ebene auf einem vereinbarten Regierungsturnus der beiden großen politischen Parteien der Konservativen und der Liberalen – die beiden Oppositionsströmungen der Karlisten sowie der demokratischen Republikaner blieben marginal und eher theoretischer Natur. Die baskische Selbstverwaltung war 1876 bereits gänzlich abgeschafft worden, die neue konservative Regierung von Cánovas machte jedoch das Zugeständnis einer weit reichenden Steuerhoheit an die baskischen Provinzen, die so genannten ‚conciertos económicos‘. Im Jahr 1876 kann die konstitutionelle Einheit des spanischen Staates als vollzogen gelten. „Das State-Building war, wenn auch spät, erfolgreich abgeschlossen“ (Mees 2000: 33 f.).

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Foralsystem, das unabhängig von liberalen Vorstellungen auch aus einer gesamtspanischen Perspektive zunehmend als störendes Relikt wahrgenommen wurde, bildete sich im Baskenland schon bald ein dem Liberalismus und dem Aufklärungsgeist skeptisch gegenüberstehender Block aus Landbevölkerung und Klerus. Dieses

„sozialgeschichtlich erklärbare Bündnis all jener Kräfte, die sich von dem gesellschaftlichen Umbruch bedroht fühlten und sich entsprechend an die teilweise romantisch verklärte, untergehende ständische Ordnung klammerten.“ (Collado-Seidel 2010: 83)

entwickelte sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts zur sozialen Trägerschicht des baskischen Karlismus. Der Traditionalismus der stark von der katholischen Kirche

beeinflussten Landbevölkerung drückte sich in dem Hang zur politischen Restauration der ‚alten Verhältnisse‘, vor allem der zunehmend kritischen agrarischen Produktionsverhältnisse, aus. Der Karlismus konnte sich in diesen ländlichen Milieus als Verteidiger der traditionellen Lebensweise, die durch die Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse und durch den politischen Zentralismus als bedroht wahrgenommen wurde, präsentieren (vgl. Pérez-Agote 2008: 85). In den baskischen Städten Irún, Bilbao und San Sebastián und den dortigen intellektuellen Milieus gab es hingegen schon früh eine große Affinität zum spanischen Liberalismus und Konstitutionalismus, die z.B. größer war als in Barcelona: „The Basque elite was more willing to think in broader Spanish terms and to exchange foral privileges for broader opportunities.“ (Payne 1971: 35) In der baskischen Bevölkerung entstand somit im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine tief gehende Spaltung von Stadt und Land, die sich als ideologische Spaltung der Gesellschaft ausdrückte.

Katalonien hatte seine Selbstverwaltungsrechte schon nach dem Spanischen Sukzessionskrieg zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingebüßt. Da Katalonien schon im 18. Jahrhundert ökonomisch stark von den Außenbeziehungen des imperialen Spanien profitiert und sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur ökonomisch aktivsten Region der Halbinsel entwickelt hatte, warf dieser Einschnitt keine dauerhaften Konflikte auf. Der relative wirtschaftliche Wohlstand sorgte im Gegenteil dafür, dass eine hohe Identifikation mit dem spanischen Reich vorherrschte: „Catalans revealed themselves to be fully conscious of the advantages offered by the Spanish system and proved completely loyal subjects to the crown.“ (ebd.: 16) Auch im Kampf gegen die napoleonische Besatzung war das spanisch-patriotische Engagement ähnlich ausgeprägt wie in anderen Regionen. Die im 19. Jahrhundert von liberalen Kräften immer wieder angeschobenen Zentralisierungsvorhaben und die Modernisierung des spanischen Staates wurden in Katalonien großenteils begrüßt, denn sie entsprachen auch den Interessen des fortschrittsbewussten katalanischen Bürgertums: „Liberaler Zentralismus verkörperte den Fortschritt, versprach einen erweiterten Absatzmarkt, den Bau großer Fabriken, die Konstruktion von Eisenbahnen.“ (Brunn 1978: 286)

Der von den *Cortes* von Cádiz projektierte bürgerliche, spanische Einheitsstaat konnte sich der Form nach zwar herausbilden, doch ging dies nicht einher mit der Herausbildung einer einheitlichen politischen Kultur und einer breiten spanischen Zivilgesellschaft. Zwar konnte man einen Einheitsstaat schaffen, dieser war jedoch kein vollständig ausgebildeter bürgerlicher Nationalstaat im ‚erweiterten Sinne‘, bestehend aus einem politisch-administrativ-repressiven Institutionengefüge und breiten zivilgesellschaftlichen Strukturen. Wie sich im Verlauf der weiteren politischen Entwicklung zeigen sollte, war die Politik der Vereinheitlichung und der Schaffung eines zentralistisch gegliederten Staatsapparats nicht in dem Sinne erfolgreich, dass ein einheitlicher, nationaler Gesellschaftskörper konstituiert werden konnte.

„Es zeigte sich, dass es in Spanien zwar gelungen war, einen Staat zu errichten, ein in der Sprache der politischen Soziologie ‚state building‘ vorzunehmen, dass es aber diesem Staat nicht gelungen war, die einzelnen Regionen seines Territoriums politisch, sozial und kulturell so zu integrieren, dass eine einheitliche Nation entstanden wäre. Dem ‚state building‘ folgte also kein ‚nation building‘.“ (Brunn 1978: 282)

Der spanische absolutistische Staat, wie er sich seit dem 16. Jahrhundert herausgebildet hatte, hatte den Charakter eines regional differenzierten, quasi ‚multinationalen‘ Gebildes, dessen Zentralisierung und Vereinheitlichung sich auf die politisch-institutionellen Strukturen reduzierte. Bis ins späte 19. Jahrhundert konnte keine effektive Politik der „Nationalisierung der Massen“ (vgl. Mosse 1976) durchgesetzt werden. Da sich trotz der Jahrhunderte lang währenden Einheit der staatlichen Strukturen keine gemeinsame Nation und keine auf breiter Ebene geteilte Vorstellung von der spanisch-nationalen Solidargemeinschaft als Orientierungspunkt herausgebildet haben, konnten sich regionale Identitäten aufrechterhalten und die Basis der Vorstellung von kollektiven Solidargemeinschaften bilden. Die Schwäche des spanischen *nation building* ging mit der Persistenz regionaler Identitäten und dem „strong survival of localism and regional identities in Spain“ (vgl. Núñez-Seixas 1996: 117) einher.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts haben sich zudem in Katalonien und im Baskenland unter dem Einfluss der im zeitgenössischen Europa virulenten Geistesströmung der Romantik und unter dem wachsenden Einfluss der politischen Ideologien des Nationalismus kulturelle Erweckungsbewegungen herausgebildet, die durch die Rückwendung auf die eigene Geschichte und die leidenschaftliche Beschäftigung mit der eigenen Sprache, Literatur und Kultur gekennzeichnet waren. Diese kulturell geprägten, nationalen Renaissancebewegungen in der Peripherie Spaniens, d.h. in Katalonien, Galicien und im Baskenland, waren beseelt von romantischen Vorstellungen und Motiven der Modernekritik, die europaweit in Umlauf waren:

„Seit dem späten 18. Jahrhundert (und weitgehend unter deutschem Einfluss) wurde Europa indessen von einer romantischen Leidenschaft für die reine, einfache und unverdorbene Landbevölkerung ergriffen, und für diese folkloristische Wiederentdeckung ‚des Volkes‘ waren die von diesem gesprochenen Landessprachen von wesentlicher Bedeutung.“ (Hobsbawm 2005: 124)

Zentraler Gegenstand dieser kulturellen Erweckungsbewegungen waren die in Vergessenheit geratenen nationalen Sprachen, die zumeist nur noch den Status von degradierten Minderheitensprachen genossen. Die Bemühungen zur Verteidigung bedrohter Sprachen ist ein Phänomen, das in vergleichender Perspektive auf multiethnische politische Gebilde im Europa des 19. Jahrhundert übergreifend zu beobachten ist:

„Zweifelloos bedeutete die Verteidigung der alten Sprache die Verteidigung der alten Lebensweise und Traditionen einer ganzen Gesellschaft gegen die Zerrüttungen durch die Moderne; von daher erklärt sich die Unterstützung, die die Bewegungen der Bretonen, Flamen, Basken und anderer durch den katholischen Klerus erfuhren.“ (Hobsbawm 2005: 142)

Analog zu diesen europaweiten Entwicklungen stand die Wiederbelebung der katalanischen Sprache im Zentrum der kultur-nationalistischen Erweckungsbewegung Kataloniens, der so genannten *renaixença*. Im Gegensatz zum Baskenland und zu Galicien, wo sich die kulturnationalistischen Regungen zunächst um die schriftsprachliche Kodifikation und Normierung der einzelnen gesprochenen Dialekte kümmern mussten, konnte in der katalanischen *renaixença* auf eine, wenn auch geschwächte, schriftsprachliche Tradition und einen Fundus an ‚nationalsprachiger‘ Literatur angeknüpft werden. Das ‚Wiedererwachen‘ bestand in der verstärkten Hinwendung auf die katalanische Kultur, Geschichte und Traditionen, sowie die Literatur. Durch den Import nationalistischer Ideologien und romantischer Denkmuster wurde die Katalanität in Form von organizistischen Metaphern und einer ethnizistischen Rhetorik neu erfunden und wiederentdeckt (vgl. Hina 1978).

Auch im Baskenland entwickelten sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts kultur-nationalistische Tendenzen und zwar im politisch-ideologischen Milieu des so genannten ‚fuerismo‘. Als politische Bewegung, die sich der Verteidigung des Foralsystems widmete und von den lokalen Eliten der bedrohten foralen Institutionen getragen wurde, umfasste der *fuerismo* auch eine kulturelle Dimension: vor allem in Form von fiktionaler Literatur artikuliert sich in diesem geistigen Milieu ein pränationales Bewusstsein und ein baskischer Partikularismus. Die „Erfindung der baskischen Tradition“ ging aus dieser „fueristischen Literatur“ (vgl. Juaristi 1987) hervor. In ihr wurde eine differenzierte baskische Identität konstruiert, deren historisch-politischer Referenzpunkt die foralen Selbstverwaltungsinstitutionen waren. Mittels literarischer Fiktionalisierung des historischen Stoffs der baskischen Geschichte wurde dort eine Mystifizierung der *fueros* betrieben, die ein partikularistisches Bewusstsein in der baskischen Bevölkerung schuf (vgl. de la Granja 2002: 16 f.).

Nach der endgültigen Abschaffung der *fueros* 1876 kommt es zu einer zweiten Welle der ‚baskistischen kulturellen Renaissance‘:

„Nach dem schmerzlichen Verlust der *Fueros* und der fast vollständigen Integration in den spanischen Staat bildete sich in Hegoalde in den letzten Jahren des 19. Jh. eine starke Gegenbewegung zum Schutz der baskischen Kultur und Sprache. Zahlreiche baskische Kulturvereinigungen und Zeitschriften wurden ins Leben gerufen, deren Ziel die Verbreitung der baskischen Sprache, Geschichte und Literatur war.“ (Kasper 2008: 127)

Verschiedene Kulturinstitutionen, z.B. die *Asociación Euskara de Navarra* und die bilbainische *Sociedad Euskalerrria*, die sich der Verteidigung der baskischen Kultur und Sprache widmen, sprießen aus dem Boden.

Die kulturellen Erweckungsbewegungen im Baskenland und in Katalonien können in Anwendung der Hroch'schen Phasentypologie als erste Phase der Nationalbewegungen beschrieben werden (vgl. Hroch 2005: 41 ff.) und mit Hobsbawm als Entwicklungsstadium des „volkstümlichen Protonationalismus“. In diesem Stadium werden durch die symbolische Aufladung von Traditionen, Sprache, Geschichte und Kultur eine Bilderwelt und nationale Ideologie geschaffen, die für den späteren politischen Nationalismus und dessen Konstruktionen der Vorstellungen von der ‚nationalen Gemeinschaft‘ eine bedeutende Rolle spielten: „Sie repräsentieren die Symbole, Rituale oder kollektive Bräuche, die allein einer ansonsten abstrakten Gemeinschaftlichkeit eine greifbare Wirklichkeit verleihen“ (Hobsbawm 2005: 87).

Die Epoche der katalanischen *renaixença* kann als „Katalysator für die politische Selbstverständigung Kataloniens in der Epoche vor 1868“ (Hina 1978: 133) gelten und steht für die Entwicklung eines kollektiven Bewusstseins, das schon national-identitäre Konzeptionen beinhaltet, letztlich aber noch vor-politisch ist. Das Aufleben des katalanischen Bewusstseins und die Entfaltung des Katalanismus als regionale Kulturbewegung drückt den wirtschaftlichen Bedeutungsanstieg der Region und nicht zuletzt auch die „machtpolitische Stellung der lokal-regionalen Bourgeoisie“ (vgl. Bernecker 2007: 72) aus. „Refer una patria“, ein Vaterland wieder zu erschaffen, war das Anliegen, ein inneres Vaterland für das Gemüt und für den Geist, aber nicht als politisch administratives Gebilde.“ (Brunn 1978: 295)

Auch im baskischen Fall ist die protonationalistische „Phase A“ der Nationalbewegung dadurch gekennzeichnet, dass nationale Topoi, Stereotypen und Oppositionen konstruiert werden, aber noch keine politischen Vorstellungen von der nationalen Unabhängigkeit entwickelt werden. Die baskische Sprache entwickelt sich zum Kern des literarisch-politischen Projekts der nationalen Renaissance. Die Sprachpflege wird zu einem Medium der nationalistischen Propaganda (vgl. Elorza 1978: 88). Trotz der Bedeutungslosigkeit auf der politischen Ebene schuf der *fuierismo* die Grundlagen für den späteren Erfolg des politischen Nationalismus.

„In den Schriften der *fuieristas* wurden zentrale Elemente des symbolischen Mikrokosmos der nationalistischen Bewegungen geschaffen, so etwa die Verherrlichung und Mythologisierung des ‚goldenen Zeitalters‘ der *Fueros*, oder auch die Legende des in zahlreichen mittelalterlichen Schlachten bewiesenen, von den spanischen ‚Aggressoren‘ bis ins 19. Jahrhundert nicht besieigten, unbändigen baskischen Freiheitswillens.“ (Mees 2000: 52)

Es handelt sich bei diesen Kulturbewegungen um den Beginn der Entwicklung von Nationalbewegungen, die sich später, im baskischen und katalanischen Fall konkret gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, zu politischen Bewegungen

fortentwickeln. Der Historiker Pierre Vilar hat am Beispiel der katalanischen *renaixença* die Frage aufgeworfen, warum sich denn aus dieser kulturellen Entwicklungsbewegung eine breite Nationalbewegung entwickeln konnte, während ähnlichen protonationalistischen Bewegungen in anderen europäischen Ländern, so z.B. die *Félibrige* um den Dichter Frédéric Mistral in der französischen Provence, dieser Schritt nicht gelungen ist:

„Warum aber konnte diese intellektuelle Strömung, deren literarischer Wert nicht über das Werk Mistrals hinausging, über ein eigenes Theater, Presse und Vereine verfügen und schließlich sogar ein ganzes Volk prägen, anstatt wie in Frankreich ein Zeitvertreib kleiner Zirkel zu bleiben?“ (Vilar 2005: 111)

Vilar zufolge ist es nicht die Existenz der „differentiellen Faktoren“ wie z.B. Ethnie, Sprache, Recht, Geschichte – diese hätten auch in Südfrankreich vorgelegen –, es sind vielmehr die tief greifenden politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationen, die es veranlassen, dass die kulturelle Rückbesinnung dynamisiert wird und einen politischen Ausdruck erfährt. Neben dem Scheitern des Projekts, eine spanische nationale Struktur im 19. Jahrhundert herauszubilden, stellen die schwere Staatskrise des spanischen Staates nach dem Verlust der letzten Kolonien (1898) und die regional höchst unterschiedlich verlaufende Herausbildung der Industrialisierung zwei weitere bedeutende Faktoren dar, die das Aufleben der einheitsbedrohenden peripheren Binnennationalismen unterstützen. Vilar hat letzteres als eine „curieuse contre-expérience“ (Vilar 1977: 46), als eine „seltsame Generalfahrung“, beschrieben. In einer Zeit, in der Deutschland oder Italien den Zusammenschluss zu Nationalstaaten vollziehen und sich in Europa die Staaten zu nationalen Solidargemeinschaften entwickeln, erleidet der spanische Staat Auflösungserscheinungen; die spanische Nation gerät in die Krise, wird in Frage gestellt und neue imaginierte Solidargemeinschaften bilden sich in den ‚historischen Regionen‘ Katalonien und im Baskenland heraus.

3.2 DIE ENTSTEHUNG DES KAPITALISMUS IN SPANIEN UND DIE FRÜHE INDUSTRIALISIERUNG DES BASKENLANDS UND KATALONIENS

Mit dem Beginn der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung in Spanien hat sich eine sehr dynamische Industrialisierung Kataloniens und des Baskenlandes ergeben, die gravierende sozioökonomische Transformationen nach sich gezogen hat. Zudem ist in beiden Regionen ein starker, durch die rasante Industrialisierung hervorgerufener Zustrom von Einwanderern aus ärmeren Regionen Spaniens festzustellen. Die

Schwäche des spanischen Staates und die zunehmenden Unterschiede zwischen der Sozialstruktur der katalanischen Region und derjenigen übrigen Nation sorgten für ein Konfliktklima, in dem unterschiedliche Lebensweisen, ökonomischen Ausgangsbedingungen und politische Orientierungen aufeinander prallten. Nicht zuletzt sorgten auch unterschiedliche wirtschaftspolitische Ausrichtungen zur Wahrnehmung der Divergenz der Interessen der katalanischen Bourgeoisie zu denen ‚Spaniens‘. Während die sich dynamisch entwickelnde katalanische Industrie eine protektionistische Politik benötigte, um den Absatz ihrer Produkte auf dem spanischen Markt zu sichern (die katalanische Ökonomie war zu dieser Zeit weit davon entfernt, international wettbewerbsfähig zu sein), war das noch kaum industrialisierte Spanien an möglichst billigen Importen interessiert, wie auch am Export seiner eigenen Produkte. In den Polemiken und Diskussionen der Optionen Freihandel vs. Protektionismus verhärteten sich die Positionen und

„vereinten den Regionalstolz der Intellektuellen mit den Argumenten aus dem Wirtschaftslager und der Unzufriedenheit des Volkes. Fast immer führten diese Unruhen zum gewünschten Ziel, und mit jedem Mal wurde die regionale Solidarität stärker.“ (Vilar 2005: 112)

Die katalanische Wirtschaft, vor allem die Textilindustrie, konnte sich im 19. Jahrhundert entfalten, während Spanien deutlich hinter die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zurückfiel. Die katalanische Wirtschaft und die politischen wie auch ökonomischen Eliten Kataloniens fanden jedoch Anschluss an die Industrialisierungs- und Modernisierungswelle, die die Entfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung im restlichen Europa entfesselte. Das politische System der Restauration wurde von dem besitzenden Bürgertum in Katalonien unterstützt, da es politische Stabilität garantierte und von ihm im Ernstfall auch repressive Maßnahmen gegen die sich zunehmend organisierende und selbstbewusste Arbeiterschaft Kataloniens zu erwarten waren. Zudem sorgte das abgesprochene Alternieren der konservativen und liberalen Honoratiorenparteien dafür, dass sich den republikanischen, föderalistischen und sozialistischen Bewegungen keinerlei Möglichkeiten eröffneten, auf die Bühne der offiziellen Politik zu treten: „Die sozialen Eliten des Landes sicherten sich (...) unter Ausschluss unterer Bevölkerungssichten eine stabile und berechenbare politische Situation“ (Collado-Seidel 2007: 141). Dennoch scheiterten die Versuche der katalanischen Elite, Einfluss zu nehmen auf die spanische (Wirtschafts- und Handels-) Politik, oftmals, so dass sich zunehmend eine gewisse Unzufriedenheit mit der spanischen Politik einstellte. Das verkrustete politische System der Restauration ließ kaum eine effektive Einflussnahme der im Aufwind befindlichen katalanischen Bourgeoisie zu. Deren Versuche, die spanische Politik zu beeinflussen, scheiterten im späten 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder.

Nach Vilar steht das Jahr 1885 für einen ‚Mentalitätswandel‘ innerhalb der katalanischen Bourgeoisie, da sich in ihr um diese Zeit herum eine resignative Stimmung breit machte. Trotz der Entwicklung als ökonomisch bedeutende Sozial-schicht konnte sie kaum einen nachhaltigen Einfluss auf das politische Zentrum des spanischen Staates ausüben. Die Enttäuschung, auf der Ebene des bürgerlichen Staates keinen politischen Ausdruck ihrer ökonomischen Machtstellung zu sehen, bewirkte die Abwendung vom spanischen Staat und die Hinwendung hin zum heimischen politischen Territorium, auf dem die Umsetzung von Machtansprüchen wahrscheinlicher schien. Die ökonomische und politische Elite Kataloniens gab zunehmend die Hoffnung auf, den spanischen Staat zu modernisieren, und näherte sich der politischen Vorstellung der katalanischen Selbstregierung an.

„De 1885 à 1917, une classe aspire à disposer d’un Etat, et, se voyant refuser la direction de l’Etat espagnol lui-même, se replie (sans qu’il soit toujours possible de distinguer chez ses dirigeants la part de la manœuvre et la part du rêve) sur l’exigence d’une organisation régionale politiquement autonome.“ (Vilar 1977: 63)

Diese Erfahrung, das Scheitern der katalanischen Bourgeoisie, den Staat ihren eigenen Interessen gemäß auszugestalten, wurde verbunden mit dem zunehmend populären und abwertenden Bild von der Rückständigkeit des agrarischen und antiquierten Spanien.

„Die Strukturunterschiede zwischen einem agrarischen Spanien und einem sich industrialisierenden Katalonien, die Unfähigkeit des spanischen Staates, als integrierende Kraft dem katalanischen Bürgertum ein Tätigkeitsfeld für den Drang zu dem Aufbau eines modernen Staates und einer modernen Gesellschaft zu bieten, als auch die Spannungen und Brüche aufzufangen, die im Laufe der wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung in Katalonien aufbrachen, lieferten die Voraussetzungen für die Entwicklung des Katalanismus als politische Bewegung.“ (Brunn 1978: 329)

Die industrielle Entwicklung und die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise im Baskenland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sind durch eine außerordentlich hohe Geschwindigkeit charakterisiert. Während das Baskenland Anfang 1800 zu den ärmsten Regionen Spaniens gehört (3% der gesamtspanischen Bevölkerung lebten dort und produzierten 2% des spanischen *BIP*), kam es im Verlauf des 19. Jahrhundert zu einem anhaltenden, überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum (vgl. Díez Medrano 1999: 58 f.). Der Handel und die Industrie entwickelten sich besonders stark. Die kapitalistische Entwicklung im Baskenland hatte gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die von der Dynamik des industriellen Wachstums kaum profitierte und in eine tiefe Krise geworfen wurde.

Stabilisiert und angetrieben durch die hohe internationale Nachfrage nach Eisen, hat die baskische Eisenindustrie eine rasante Entwicklung erfahren. Ihr dynamisches Wachstum hat eine Internationalisierung der Kapitalstrukturen nach sich gezogen. Britische, französische, deutsche und belgische Unternehmen erwarben Anteile an der baskischen Eisenindustrie, was mit einem Technologieimport und einer weiteren Erhöhung der Produktivität einherging. Der Großraum Bilbao erreichte eine dominierende Stellung in der Eisen- und Stahlindustrie, zwischen 1890 und 1910 sollte sich Spanien dank dieser Entwicklung zum größten Eisenerzexporteur Europas entwickeln (vgl. Collado-Seidel 2010: 96). Der florierende Schwermetallsektor hat eine nachhaltige Industrialisierung des baskischen Wirtschaftsraums, zunächst beschränkt auf Bizkaia, später auch in Gipuzkoa, induziert. Das in dieser Zeit entstehende Großbürgertum setzte sich aus wenigen Unternehmerdynastien zusammen, die branchenübergreifend weitverzweigte Wirtschaftsimperien im Bergbau, in der Industrie, im Handel und im Versicherungs- und Finanzwesen hielten (vgl. ebd.: 99).

Das spektakuläre wirtschaftliche Wachstum ging mit heftigen sozialen Auswirkungen einher. Die kleine soziale Gruppe der lokalen Großbourgeoisie profitierte als Kapitaleigner von dem Boom in der Kapitalgüterindustrie mit überdurchschnittlichen Profitzuwächsen, während große Teile der baskischen Bevölkerung von diesem baskischen Entwicklungsmodell negativ beeinträchtigt wurden. Die Krise der Agrarökonomie verstärkte sich und die Überausbeutung in den industriellen Zentren führte zu massiven Verelendungstendenzen. Die neu entstehende kapitalistische Gesellschaft des Baskenlandes sah neben der Etablierung einer mächtigen Großbourgeoisie, der vertieften Krise der Agrarökonomie, der Verelendung des wachsenden Industrieproletariats auch einen Niedergang der Schicht der *jauntxos*, der alten Feudalherren, die die foralen Institutionen kontrolliert hatten und die von der wirtschaftlichen Entwicklung des Industriesektors nicht profitierten (vgl. Díez Medrano 1999: 88). Das baskische Bürgertum profitierte von den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Restaurationsregimes und wurde zu einer wichtigen Stütze der spanischen Monarchie. Die guten Beziehungen des baskischen Großkapitals zu den politischen Eliten der Monarchie lässt sich nicht zuletzt an den zahlreichen Adelungen von Vertretern der baskischen Oberschicht ablesen (vgl. de la Granja 2002: 23).

Díez Medrano (1999: 68) identifiziert im Baskenland und in Katalonien zwei unterschiedliche Wege der Industrialisierung und Entwicklung des Kapitalismus. Das baskische Modell brachte die Herausbildung einer kleinen lokalen Bourgeoisie und sehr mächtigen kapitalistischen Elite hervor, während große Teile von den positiven Effekten der Industrialisierung ausgeschlossen waren. Kataloniens Weg in den Kapitalismus war harmonischer gestaltet. Von der Entwicklung der katalanischen Konsumgüterindustrie profitierten breite Teile der katalanischen Bevölkerung. Die bürgerliche Klasse war in Katalonien größer und die kapitalistische Elite weniger

mächtig als diejenige des Baskenlandes. Des Weiteren gab es eine engere Beziehung des baskischen Großkapitals mit dem spanischen Staat, ebenso wie auch die ökonomischen Beziehungen der baskischen Wirtschaft mit der spanischen enger waren. Die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus in Katalonien vertiefte kaum die ökonomischen Beziehungen zu den anderen spanischen Regionen (vgl. ebd.).

Neben der starken ökonomischen Polarisierung innerhalb der baskischen Bevölkerung führte auch die starke Einwanderung in die prosperierende baskische Region, angezogen durch den massiven Arbeitskräftebedarf, zu einer umfassenden Transformation der baskischen Gesellschaft. Die industriellen Ballungszentren dieser Zeit erlebten die Herausbildung eines städtischen Proletariats, die Heraufkunft der sozialen Frage und die Artikulation von Klassenkonflikten ebenso wie die massive Einwanderung von Arbeitssuchenden, die von der erbärmlichen sozialen Situation in den ländlichen Regionen Spaniens flohen. 1900 sind in Bizkaia 26,4 % der dortigen Bevölkerung außerhalb der Region geboren. Im Zeitraum zwischen 1876 und 1900 sind 60.000 Arbeitssuchende nach Bilbao und die umliegenden industriellen Zentren gezogen; generell ist in dieser Zeit die Bevölkerung von 25.000 auf 230.000 Einwohner gestiegen (vgl. Fusi 1984: 43). Mit der dynamischen Entwicklung des Kapitalismus und durch die rasche Industrialisierung haben sich die politischen Interessenvertretungen des städtischen Proletariats herausgebildet. Während sich in Katalonien der Anarchismus als dominante Strömung in der Arbeiterbewegung durchsetzen konnte, haben sich im baskischen Raum die sozialistischen Organisationen, der *PSOE* und seine Gewerkschaft *UGT*, behaupten können. Bizkaia wurde neben dem durch Kohlebergbau dominierten Asturien und Madrid zur Hochburg des Sozialismus in Spanien, weshalb aus der baskischen sozialistischen Arbeiterbewegung zahlreiche Politiker des spanischen Sozialismus hervorgegangen sind, wie z.B. Indalecio Prieto (1883 – 1962), Julián Zugazagoitia (1899 – 1940) oder Luis Araquistáin (1886 – 1959) (vgl. Collado-Seidel 2010: 102 f.).

Die sozioökonomischen Auswirkungen, die demographischen Veränderungen durch die Einwanderung sowie die Politisierung der Klassenungleichheiten durch die Organisationen der Arbeiterbewegung bestimmten ein soziales Klima, in dem die Modernisierung als Bedrohung wahrgenommen wurde. Die rasante industrielle Entwicklung, die massive Zuwanderung und der daraus resultierende soziale Wandel in den baskischen Küstenregionen hatten weit reichende Auswirkungen auf die autochthone Bevölkerung, die bisher in weitgehend starren sozialen Strukturen gelebt hatte. Die sozioökonomischen Entwicklungen wurden in Verbindung mit dem Verlust der katholischen Religion, der traditionellen Gewohnheiten und der baskischen Sprache als Angriff auf traditionelle, etablierte Lebensweisen interpretiert und haben in bestimmten Teilen der Mittelklassen und des städtischen Kleinbürgertums große Unzufriedenheit hervorgerufen. Die sozialen Auswirkungen der Modernisierung und Industrialisierung sowie die Krise des spanischen Nationalstaats im

Kontext der ‚Modernisierung und Kastilisierung‘ der baskischen Regionen haben große Teile der Bevölkerung in eine Identitätskrise gestoßen. Wie in Katalonien artikuliert sich im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts eine Unzufriedenheit, die sich in der Gründung politischer Organisationen des Nationalismus äußert und somit die „Phase B“ in der Entwicklung der beiden Nationalbewegungen einleitet. Die politische Krise des spanischen Staats und die ideologischen und politischen Konflikte nach dem Verlust der letzten Kolonien Spaniens (1898) stellen einen weiteren Aspekt dar, der die Orientierungskrise der autochthonen Bevölkerung in Katalonien und im Baskenland gegen Ende des 19. Jahrhunderts vertieft.

3.3 ENTSTEHUNG UND ETABLIERUNG DER NATIONALBEWEGUNGEN

Das Jahr 1898, in dem der spanische Staat und die spanische Nation nach dem schmerzhaften Verlust der letzten Kolonien in eine tiefe Orientierungskrise stürzen, steht zugleich für das Erstarken der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen und ihren Eintritt in das politische Stadium. Dieses Jahr markiert den Beginn einer tiefen Hegemoniekrise des spanischen Staates und des Konzepts der spanischen Nation, in deren Verlauf die politische Klasse ihre Unfähigkeit offenbarte, die politischen Prozesse der Gegenwart zu lenken (Elorza 2006: 51). Der Verlust der Kolonien und Spaniens Untergang als Kolonialmacht vollzog sich in einem internationalen Kontext, in dem sich der unaufhaltsame Aufstieg des Imperialismus der europäischen Großmächte seit 1870 entwickelte. Während der westliche Imperialismus die Ausbreitung der nationalistischen Ideologie und auch rassistischen Überlegenheitsgefühlen mit sich brachte, wurden die militärische Niederlage und der internationale Bedeutungsverlust Spaniens als ‚nationale Krise‘ verarbeitet:

„unter spanischen Politikern [begann] eine Debatte über den ‚Verfall des Nationalcharakters‘, in der das militärische Debakel und die dadurch bedingte schmerzvolle Demütigung der ehemaligen Großmacht Spanien durch die Flotte der USA auf den Niedergang der spanischen ‚Rasse‘ zurückgeführt wurde.“ (Mees 2000: 43)

Das Jahr 1898 stellt ein Schlüsselereignis in der nationalen Geschichte Spaniens dar, das zudem als Katalysator für die vertiefte Dissoziation von regionaler und nationaler Identität wirkte. Aus den regionalen Identitäten an der spanischen Peripherie wurden nationale Gegennarrative:

„Das Scheitern des spanischen Nationalismus im 19. Jahrhundert und seine soziale Penetrationskrise bereiteten den Weg für das Aufkommen der katalanischen, der baskischen und der

galicischen Nationalismen, deren Erfolg im schwachen spanischen Nation-Building begründet war und die durch die 1898er-Krise entscheidende Impulse erhielten.“ (Mees 2000: 46)

Vor allem in den wirtschaftlich dynamischen Regionen regte sich Verachtung für das verkrustete und anachronistisch erscheinende politische System. „Wie schon 1640 und 1700 führte die politische Schwäche Zentralspaniens im Jahre 1900 zu einer Revolte der wirtschaftlich aktivsten Provinzen“ (Vilar 2005: 110). Als Reaktion auf die Schwäche des spanischen Staates und dessen Rückständigkeit drücken sich in der Peripherie zentrifugale Kräfte aus. Die politische Krise des spanischen Nationalstaats und der symbolische Prestigeverlust der spanischen Nation, die nunmehr als ‚todeskranke Nation‘ wahrgenommen wird, leiten den Aufschwung des peripheren Nationalismus, dessen ideologisches Gerüst schon angelegt war, ein.

Schon vor der Krise von 1898 hatte sich in Katalonien eine immer stärkere Unzufriedenheit mit dem spanischen Staat artikuliert. Das Loslösen von Spanien und die Transzendierung des spanischen Marktes als den Zielmarkt erschienen zunehmend erstrebenswert – schließlich hatte Katalonien schon einmal eine wirtschaftliche Blüte, die sich unabhängig von Rest-Spanien ereignet hat, gesehen. Die wieder-auflebenden Visionen von der glorreichen Vergangenheit Kataloniens fielen mit der Unzufriedenheit über die Beschränktheit des spanischen Marktes zusammen. Die katalanische Bourgeoisie machte sich während der vehementen Krise des spanischen Staates die Ansicht zueigen, dass Fortschritt, Entwicklung und ökonomische Prosperität nur im Rahmen der politischen und administrativen Unabhängigkeit Kataloniens möglich seien (vgl. Vilar 1977: 67). Wie schon erwähnt, lässt sich in der politischen Ausrichtung der katalanischen Bourgeoisie seit 1885 eine bürgerlich-nationalistische Periode verorten, die auf die von 1820 bis 1885 währende regionalistisch-protektionistische Phase folgte, in der die führenden Vertreter der katalanischen Industrie den spanischen Markt beherrschten und versuchten, den Kopf der spanischen Nation zu bilden (vgl. ebd.: 63). Diese Wende lässt sich an der Gründung politischer Organisationen, die sich der Idee der Dezentralisierung und der politischen Selbstverwaltung Kataloniens verschrieben haben, fest machen. 1881 wurde von Valentí Almirall das *Centre Català* gegründet, dessen Hauptziel der Schutz der katalanischen Sprache und katalanischen juristischen Institutionen war. 1887 vereinigten sich verschiedene katalanistische Strömungen zur *Lliga de Catalunya*, die die *Bases de Manresa*, das erste politische Manifest des Katalanismus, das die Verteidigung der katalanischen Sprache sowie der katalanischen Traditionen und Institutionen forderte, entworfen hatte.

Auch wenn das genaue Ausmaß der ökonomischen Auswirkungen des verlorenen Krieges auf die katalanische Wirtschaft umstritten ist, steht fest, dass es zu einer Schwächung des spanischen Staates und zu einer deutlichen Verstärkung der katalanischen Positionen gekommen ist: „Um die Jahrhundertwende steht die katalanische Bourgeoisie auf einem Gipfel der Macht.“ (Hina 1978: 223) In der Epoche

der Hochzeit der europäischen Nationalismen begriff nun auch die katalanische Bourgeoisie ihre Identität im Zeichen der Nationalität. Des Weiteren setzte sich im ökonomisch-politischen Selbstbewusstsein der erfolgreichen katalanischen Bourgeoisie die Vorstellung fest, dass sich der ökonomische Erfolg nicht dank des spanischen Binnenmarktes, sondern trotz der absurden Zumutungen der spanischen Wirtschaftspolitik einstellen konnte.

Das Jahr 1898 steht schließlich für einen weiteren bedeutenden Entwicklungsschritt in der Entwicklung der katalanischen Nationalbewegung, da es für die Vertiefung der Neuausrichtung der katalanischen Wirtschaftselite steht. Nach dem erneuten Scheitern eines Versuchs, mit Madrid zu paktieren (1901), wandte sich die katalanische Wirtschaftselite endgültig dem Regionalismus zu. Die Bestätigung dieser Wende in den Wahlen von 1901 führte schließlich zur Gründung der *Lliga Regionalista*, der ersten regionalistischen Partei Kataloniens. Die *Lliga Regionalista* ging aus der 1891 gegründeten *Unió Catalanista* hervor, die als kleiner Zirkel konservativer, katalanistisch gesinnter Intellektueller eine Zukunftsvision für Katalonien entwarf, mit welcher sie die Mittelklassen stark beeinflussen konnte. Dem Aktivismus von Organisationen wie der *Unió Catalanista*

„gelang es, das Bewusstsein eines katalanischen Partikularismus in weite Teile der Bevölkerung hineinzutragen. In ganz Katalonien erschienen in diesen Jahren Periodika unterschiedlichster Ausrichtung, die von der Welle des Katalanismus getragen wurden und der Bewegung eine weitere Dynamik verliehen.“ (Collado-Seidel 2007: 149)

Die Gründung der *Lliga Regionalista* als spektrenübergreifende Partei des Katalanismus stellt die Geburt des politisch organisierten Katalanismus dar. Der katalanistische Politiker, Parteiführer und Publizist Prat de la Riba, der sowohl in der *Unió Catalanista* als auch in der *Lliga Regionalista* eine herausragende Rolle spielte, kann als Vordenker und Gründungsfigur des politischen Katalanismus gelten. Sein publizistisches Werk entwirft ein Konzept des Katalanismus, das unter Wahrung der Interessen der katalanischen Großbourgeoisie ein dezidiert nationalistisches Programm formuliert und mit den bisherigen regionalistischen Auffassungen bricht (vgl. Bochmann et al. 1993: 294).

Schon in seinem ersten theoretisch-politischen Werk, dem *Compendi de la doctrina catalanista* („Kompendium der Doktrin des Katalanismus“; 1894), entwickelte de la Riba, der seit den frühen 90er Jahren bis zu seinem Tod im Jahre 1917 eine aktive Rolle in der katalanischen Nationalbewegung gespielt hat, die grundlegenden Ansichten seines nationalistischen Denkens. Er skizzierte dort die Vorstellung von der natürlichen, durch die Sprache geeinten historischen Gemeinschaft Kataloniens. Auf der Grundlage der Anerkennung dieser ‚pàtria‘ sollte der Kampf für eine föderative Reorganisation Spaniens vorgenommen werden (vgl. Bochmann 1993: 295). In *La nacionalitat Catalana* (1906) legt de la Riba eine Zusam-

menfassung der bisherigen Denkansätze in der Programmatik des Katalanismus vor, die im Folgenden einen großen Einfluss auf die ideologische Fortentwicklung des katalanischen Nationalismus ausüben sollte. Sein Verständnis von der „nacionalitat“ oder „nació“ geht, in der Tradition romantisch-völkischer Vorstellungen stehend, von der Existenz eines ‚Volksgeistes‘ aus. Dementsprechend ist sein Nationenbegriff nicht als politische Willensgemeinschaft konzipiert, sondern als „eine ewige, unzerstörbare und im Kern auch unveränderbare Persönlichkeit [ist; PE], die über allen Klassengegensätzen steht [und] alle ihre Mitglieder [...] bindet und einem gemeinsamen Ziel verpflichtet“ (Brunn 1978: 333). Die Nation dürfe nicht mit dem Staat verwechselt werden, während erstere als Einheit von Sprache, Literatur, Kunst, Recht und Tradition natürliche, organische Entitäten darstellen, sind letztere meist künstliche Produkte.

Die nationalistische Forderung nach Eigenstaatlichkeit bedeutete in der Konzeption de la Ribas, mit dessen Werk von einem ausgereiften und voll entwickelten Zustand der nationalistischen Ideologie im Katalanismus gesprochen werden kann, wie auch im späteren Katalanismus nicht die Abspaltung vom spanischen Staat. Der katalanische Nationalismus war von Beginn an eine nicht-separatistische Form des Nationalismus. Die Zugehörigkeit zum spanischen Staat wurde nicht in Frage gestellt, da die katalanische Bourgeoisie auf den spanischen Markt angewiesen und auf europäischer Ebene nicht wettbewerbsfähig war. Der reduzierte nationalpolitische Anspruch der Bourgeoisie hatte seine Ursache nicht nur in der Abhängigkeit vom spanischen Markt als exklusivem und geschütztem Absatzmarkt, sondern auch aus ordnungspolitischen Erwägungen. In historischen Schlüsselmomenten, in denen die organisierte und kämpferische Arbeiterklasse Kataloniens mit selbstbewussten Forderungen auf die Straße ging, zeigte sich immer wieder, dass sich die katalanische Bourgeoisie primär um den Schutz ihrer Wirtschaftsinteressen, des Privateigentums und des daraus abgeleiteten Rechts auf Profit sorgte. Die *Lliga Regionalista* entpuppte sich spätestens seit der Reaktion auf die *Semana Trágica* (1909), in der sie zur Zerschlagung eines von Anarchisten und Radikalrepublikanern unterstützten Generalstreiks spanische Militärs herbeirief, dahingehend, dass sie immer wieder mit der Zentralregierung zusammenarbeitete, wenn es um die Unterdrückung von Volksaufständen und sozialen Forderungen ging (vgl. Bernecker 2007: 108). In der ‚sozialen Frage‘, die sich in Katalonien mit den sich verschärfenden Klassenkonflikten zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem brennenden sozialen und politischen Thema entwickelte, positionierte sich der Katalanismus durch eine konservative Einstellung. Diese sah die gesellschaftliche Unterordnung der Arbeiter vor und wies deren Forderungen als schädlich für die sinnvolle Verwendung des Privateigentums zurück (vgl. Brunn 1978: 334). Die Einschränkung der Gewerkschaften, die Reaktivierung der religiösen Erziehung und die Zurückweisung von Konzessionen, die auf Kosten der Bourgeoisie gingen, charakterisieren die Position des konservativen Katalanismus hinsichtlich der ‚sozialen Frage‘.

So gelang es der katalanischen Nationalbewegung im Kontext der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen (auf dem Land zwischen Eigentümern und Pächtern, in den industriellen Zentren zwischen Großbürgertum und Proletariat) nie, ein umfassendes, allgemeines Anliegen zu formulieren. Sie blieb auf bestimmte Gesellschaftsschichten beschränkt und ignorierte einen bedeutenden Teil der katalanischen Bevölkerung. Anlässlich des eindeutigen Klassencharakters der frühen katalanischen Nationalbewegung kann von einem ‚konstanten Dilemma des Katalanismus‘ gesprochen werden, das in der Spannung besteht, ein ganzes Volk gegen den anachronistisch dargestellten spanischen Staat in Bewegung zu setzen und zugleich die Herrschaft einer Industrieoligarchie in der eigenen Region gegen die Herausforderung der zunehmend selbstbewusst handelnden Arbeiterbewegung zu verteidigen (vgl. Brunn 1978: 334)¹. Seit ihren ersten Wahlerfolgen gewann die *Lliga Regionalista* zunehmend an Einfluss und dominierte die katalanische Politik bis 1923. Sie war zu dieser Zeit die modernste politische Partei Spaniens. Sie verfügte über eine effiziente Organisation, die durch eine Funktionärshierarchie gekennzeichnet ist, an deren Spitze die Entscheidungsbefugnis der Berufspolitiker stand und die sorgfältig geplante Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit vorangetrieben hat (vgl. Payne 1971: 25 f.).

Die Auswirkungen des spanischen Desasters „1898“ waren im Baskenland nicht so deutlich zu spüren. Während Katalonien in eine wirtschaftliche Krise stürzte, erlebte die baskische Wirtschaft in dieser Zeit eine vertiefte Dynamik der industriellen Revolutionierung (vgl. de la Granja 2002: 33). Der Verlust der Kolonien machte sich im baskischen Wirtschaftsraum kaum bemerkbar. Die baskische Industrie profitierte von den 1891 beschlossenen protektionistischen Schutzzöllen, da sie durch ihre dominierende Stellung auf dem spanischen Markt hohe Profite erzielen konnte. Es bestand kein nachhaltiges Interesse der wirtschaftlichen Eliten mit Spanien zu brechen. Die erfolgreiche Kooperation und enge Verflechtung der neuen ökonomischen Eliten des Baskenlandes mit dem politischen Zentrum in Madrid sowie der Tatbestand, dass die politischen und ökonomischen Eliten in „terms of broader Spanish economics“ dachten, erklären, dass das Jahr 1898 (zunächst noch) nicht zu dem Bruch wie in Katalonien führte (vgl. Payne 1971: 38). Die baskische Gesellschaft war zur gleichen Zeit immer noch stark vom sozialen Wandel betroffen und

1 Die Frage des Verhältnisses der Arbeiterschaft zur nationalen Frage ist in der Forschung umstritten und kann hier nicht näher vertieft werden. Es soll lediglich darauf verwiesen werden, dass das herkömmliche Bild von der anti-katalanistisch eingestellten Arbeiterschaft von jüngeren historiographischen Arbeiten in Frage gestellt wird; vgl. hierzu Jordana/Nagel (1998) und Nagel (1991). Dort wird behauptet, dass auch in der Arbeiterschaft schon früh eine prinzipielle Offenheit gegenüber katalanistischen Positionen bestanden habe und die katalanischen Arbeiter ein förderalistisch-anarchistisch-katalanisches Ideologiemischungsverhältnis verträten; vgl. hierzu auch: Mees 2000: 50 f.

bildete eine neue Gesellschaftsstruktur heraus. Das ansteigende Industrieproletariat rekrutierte sich durch die massive Einwanderung und am anderen Pol der Gesellschaftsstruktur stand die baskische Industrie- und Finanzoligarchie, die sich zur Absicherung ihrer Interessen monarchistisch organisierte und eine wichtige Stütze der Restaurationsmonarchie darstellte. Diese wirtschaftlich wie politisch mächtigen Großindustriellen hegten große Sympathien mit der Monarchie und standen weit entfernt von der baskisch-nationalen Ideologie (vgl. Mees 2000: 53).

Neben diesem sozial und politisch dominanten Machtkartell der monarchistisch eingestellten Eisen- und Stahlbarone gab es Fraktionen der „nicht-monopolistischen Bourgeoisie“, die als aufstrebende Unternehmer stärker auf den Weltmarkt orientiert waren und durch eine geringere Abhängigkeit vom nationalspanischen Protektionismus gekennzeichnet waren. Diese Schicht, als deren Prototyp der Reeder und Großindustrielle Ramón de la Sota gilt, stand dem baskischen Nationalismus nahe, allerdings in einer gemäßigt regionalistischen Spielart².

„Um 1898 schlossen sich dem bisher kleinbürgerlich dominierten Nationalismus auch Vertreter des Großbürgertums an, die den staatlichen Protektionismus ablehnten und auf freieren Handel setzten, da ihre Interessen mehr auf den internationalen als auch den spanischen Markt ausgerichtet waren. Diese Gruppe fühlte sich vom baskischen Nationalismus eher vertreten als vom Liberalismus spanischer Prägung.“ (Kasper 2008: 129)

Erst durch die Unterstützung durch diese einflussreiche soziale Trägerschaft war der spätere Erfolg des baskischen Nationalismus möglich. Der baskische Nationalismus entwickelte sich langsamer als die katalanische Nationalbewegung und orientierte sich an dessen Entwicklung in einem Maß, dass seine Frühform als Imitation des katalanischen Exemplars beschrieben werden kann (vgl. Payne 1971: 31 f.). Die Gründungsfigur des baskischen Nationalismus und dessen zentraler Stichwortgeber Sabino de Arana (1865-1903) hatte von 1883 bis 1888 in Barcelona studiert und war von dem zu dieser Zeit auflebenden katalanischen Nationalismus begeistert. Die Geburt der ‚baskischen Idee‘ kam Arana nicht zu Hause in Bilbao, sondern fern ab von der nationalen Heimat, während seiner Studienzeit in Barcelona.

„Fixation on the concept of Basque nationalism was the product of an identity crisis of a young intellectual of ultra-Catholic background, taught to distrust the Spanish state and its political system, exposed for the first time to the centrifugal (though in their own way integrative) ideas of Catalan regionalism and proto-nationalism.“ (Payne 1971: 36)

2 Zu der in den Fachwissenschaften viel diskutierten Studie über die „nicht monopolistische, baskisch-nationale Bourgeoisie“ von Javier Corcuera und deren spätere Korrektur und Kritik in der historiographischen Diskussion: vgl. Mees 2000: 53 f.

Arana vertiefte sich in das Studium der baskischen Sprache, veröffentlichte 1888 in Barcelona eine Grammatik der baskischen Sprache (*Gramática elemental del Euzkera bizkaíno*) und 1890, nach seiner Rückkehr ins Baskenland, das politische Pamphlet *Bizkaya por su independencia*. Im Gegensatz zum Katalanismus war der baskische Nationalismus von Beginn an durch einen ausgeprägten separatistischen Zug gekennzeichnet. Während im Katalanismus der Anspruch der Modernisierung und effektiveren Gestaltung des gesamten spanischen Systems erhoben wurde, entwarf Arana ein Bild von der durch die kapitalistische Modernisierung sowie vom moralischen Verfall betroffenen baskischen Gesellschaft, die nur durch die Unabhängigkeit von der „schwachen und elenden Nation Spanien“ gerettet werden könnte (vgl. Heiberg 1989: 49 f.). Die Modernekritik war im baskischen Nationalismus aranistischer Prägung sehr ausgeprägt, weshalb die baskische Nationalbewegung als Paradebeispiel für die anti-moderne Variante des Nationalismus gilt, in der der Kampf um die Aufrechterhaltung des Wertesystems der traditionellen Gesellschaft im Zentrum steht (vgl. Hoch 2000: 38).

Seine ideologischen Wurzeln hat der baskische Nationalismus im *fuerismo*, der nach der Niederlage der Traditionalisten im Dritten Karlistenkrieg (1872-1876) die Vision des Baskenlandes als von Spanien verschiedene Nation geprägt, aber diese noch nicht mit der Forderung der Separation des Baskenlandes verbunden hatte. Der entstehenden Nationalbewegung gelang es, Topoi des fueristischen Diskurses unter dem Zeichen der Opposition gegen die zentralistische Politik der Restaurationsmonarchie zu vereinheitlichen (vgl. Elorza 1978: 85). Die Landbevölkerung, die zunächst dem Karlismus treu blieb, konnte Stück für Stück für die fueristische Ideologie, die zunächst auf die städtische Intelligenz beschränkt war, gewonnen werden.

„Schon vor Antritt des politischen Nationalismus hatte sich also in breiten Teilen der baskischen Gesellschaft ein baskisches Partikularbewusstsein entwickelt, das sich zwar durchaus in (baskisch) nationalen Kategorien artikulierte, sich aber noch nicht als inkompatibel mit dem spanischen nationalstaatlichen Projekt verstand.“ (Mees 2000: 52)

Der Übergang vom Protonationalismus zum politischen Nationalismus kann gegen Ende der 1880er Jahre verortet werden, der schließlich in der Gründung des *Partido Nacionalista Vasco* (PNV) durch Arana gipfelt.

Arana knüpfte an die fueristischen und karlistischen Reflexe gegen die Modernisierung und den Liberalismus an und artikulierte ein umfassendes nationalistisches Programm. In seiner Begründung der klassischen Ideologie und Programmatik des baskischen Nationalismus ist die territoriale Loslösung der baskischen (zunächst nur der bizkainischen) Gebiete vorgesehen. In den Augen Aranas repräsentierten die verloren gegangenen baskischen *fueros* das legitime Recht des ehrwürdigen, eigenständigen baskischen Volkes auf politische Selbstverwaltung. Das Motto der Partei *Jaungoikua eta Lagi Zarra* („Gott und alte Rechte“, damit sind die *fueros*

gemeint) drückt die traditionalistische Ideologie der Partei aus. Nur wer dem traditionalistischen und katholizistischen Weltbild anhing, konnte in den Augen Aranas als Baske gelten. Ein wahrer Baske musste Nationalist sein:

„The Basque represented tradition, pre-capitalist society, egalitarianism and democracy, peace and social order, Catholicism and spiritual rectitude. The anti-Basque represented modernization, industrial society, hierarchies and authoritarianism, violence and disruption, anti-clericalism and spiritual corruption.“ (Heiberg 1989: 56)

Die baskische Nation wurde bei Arana zudem durch die Bezugnahme auf einen biologistischen Rassebegriff sehr exklusiv konzipiert. Die baskische Rasse, deren Mitglieder ihre Herkunft über die baskischen Familiennamen belegen können, sollte als Essenz der Nation reingehalten werden, weshalb die ‚maketos‘ (die pejorative Bezeichnung für Spanier) und die ‚mestizos‘ (im Baskenland Geborene, die keinen baskischen Nachnamen tragen) zu segregieren sind. Im künftigen unabhängigen baskischen Staat sollten schließlich auch die Spanier ausgewiesen werden (vgl. Mees/de Pablo 2005: 12).

Neben der liberal gesinnten baskischen Oligarchie war die zunehmend sich sozialistisch organisierende nicht-baskische Arbeiterklasse der zentrale Hauptgegner des baskischen Nationalismus aranistischer Prägung. Arana sah im Sozialismus ein spanisches Übel, das von den Einwanderern importiert wurde. Die ‚soziale Frage‘, deren Brisanz Arana zur Kenntnis nahm, sollte durch die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Baskenlands und der natürlichen gesellschaftlichen Harmonie gelöst werden. Die Interessen der baskischen Arbeiter seien grundverschieden von denjenigen der Einwanderer, anders als die sozialistische Propaganda behauptete. Aus diesem Grund hatte auch Arana keine prinzipiellen Einwände gegen die Gründung einer Gewerkschaft, die lediglich baskische Arbeiter organisierte und die die ‚maketos‘ ausschloss (vgl. Díez-Medrano 1999: 98).

Der von Arana gegründete *PNV* stellte eine moderne Partei dar, die durch die Erfindung einer umfangreichen und eigenen Symbolik für die baskische, nationalistische Gemeinschaft eine neue politische Kultur geprägt hat; so hat Arana den Name des Baskenlandes, *Euzkadi*, wie auch die Fahne des Baskenlandes, die *Ikurriña*, erfunden. Arana entwarf einen baskischen Nationalismus mit einer kohärenten Vision, „die im Zuge wachsender politischer und sozialer Spannungen zu einer attraktiven Projektionsfläche für Vorstellungen und Sehnsüchte wurde“ (Collado-Seidel 2010: 107). Die Ende des 19. Jahrhunderts entstehende baskische Nationalbewegung war zunächst, wie Hobsbawm (2005: 142) betont, keine Bewegung der traditionellen Landbevölkerung, die tatsächlich immer noch die baskische Sprache sprach. Die baskischen Bauern und die Landbevölkerung zeigten zunächst geringes Interesse an der neu entstehenden nationalistischen Bewegung. Die nationalistische Ideologie Aranas entstand und wuchs im industrialisierten und kosmopolitischen

Bilbao, wo der Verlust der baskischen Kultur und Identität im Rahmen der Industrialisierung und massiven Einwanderung besonders spürbar war (vgl. Fusi 1984: 44). Es war in den städtischen Gesellschaftsschichten, die nicht an den Wohlfahrteffekten des rapiden Wachstums im Baskenland beteiligt oder gar in ihren materiellen Existenzbedingungen betroffen waren, in denen der nationalistische Diskurs des *PNV* auf zunehmende Zustimmung stieß. Der frühe baskische Nationalismus bildete sich in der zwischen der industriellen Oligarchie und dem Industrieproletariat stehenden Mittelschicht heraus und drückte die Unzufriedenheit dieser Schicht und ihre Skepsis gegenüber der gesellschaftlichen Modernisierung aus.

Der zunächst noch auf Bilbao beschränkte *PNV* entwickelte sich schon bald zu einer regional einflussreichen Partei, nachdem er im Jahre 1898 die Unterstützung des liberal gesinnten Flügels des *fuierismo*, der so genannten *euskalerriakos*, erhalten hatte. Diese moderate, auf die Wiederherstellung des Foralsystems setzende, politische Strömung setzte sich aus der mittleren Finanz- und industriellen Bourgeoisie zusammen und hatten in dem mächtigen Industriellen Ramón de la Sota ihre inoffizielle Führungsfigur (vgl. Heiberg 1989: 64). Nachdem sie 1898 die regionalen *PNV*-Kandidaturen erfolgreich unterstützt hatten, schlossen sich die *euskalerriakos*, die anfangs noch sehr skeptisch gegenüber dem Radikalismus Aranas waren, dem *PNV* an, was für die Fortentwicklung und den sich bald einstellenden Erfolg der Partei von großer Bedeutung war. Das Zusammengehen des vor 1898 noch recht bedeutungslosen *PNV* mit den moderaten *euskalerriakos* verlieh dem nationalistischen Projekt Stärke und brachte eine wesentliche Erweiterung ihrer Anhängerschaft. Dieses Ereignis markiert die Geburt des *PNV* als eine moderne politische Partei (vgl. Heiberg 1989: 64).

Die Gründung der *Lliga Regionalista* in Katalonien und des *PNV* im Baskenland standen für den Beginn eines eigenständigen politischen Lebens der Regionen jenseits der spanischen Politik. Die Erfolge bei ihren ersten Wahlen zeigten, dass die beiden Nationalbewegungen eine gewisse gesellschaftliche Unterstützung erlangt haben, in Katalonien zunächst noch stärker als im Baskenland. Mit der Konzipierung der ausdefinierten nationalistischen Programmatik, der Gründung nationalistischer Parteien, den ersten Wahlerfolgen und der anwachsenden gesellschaftlichen Unterstützung treten die beiden Nationalbewegungen nach dem Hroch'schen Modell in die letzte Phase der Entwicklung der Nationalbewegungen, in die „Phase C“, ein (vgl. Hobsbawm 1995: 23).

3.4 MODERNISIERUNG DER NATIONALBEWEGUNGEN BIS ZUR ZWEITEN REPUBLIK

Auf die Etablierungsphase folgte die Etappe der Konsolidierung, Modernisierung und ideologischen Ausdifferenzierung der beiden Nationalbewegungen. Auch wenn in Katalonien große Bevölkerungsteile dem konservativen Katalanismus skeptisch oder indifferent gegenüberstanden, konnte er als politisch-hegemoniale Kraft die politische Landschaft Kataloniens nachhaltig prägen. 1914 erhielten die Dezentralisierungsforderungen der katalanischen Nationalbewegung mit der Einrichtung der *Mancomunitat* ihren ersten Erfolg. Im Rahmen dieses Zusammenschlusses der vier katalanischen Provinzen sollte die übergreifende, katalonienweite Koordinierung der Handlungen der Provinzregierungen ermöglicht werden. Trotz der begrenzten finanziellen Ausstattung und administrativen Kompetenzen hat die *Mancomunitat* erfolgreiche Projekte eingeleitet. Hauptsächlich Betätigungsfelder waren die Infrastrukturpolitik (Straßenbau oder Ausbau des Telefonnetzes), der Aufbau eines öffentlichen Bibliothekswesens sowie der bedeutende Schritt der Normierung der katalanischen Sprache (vgl. Collado-Seidel 2007: 159 f.).

Im Kontext des Ersten Weltkriegs und der starken Bedrängnis des politischen Systems durch die von der Russischen Oktoberrevolution motivierten sozialen Proteste – die spanischen *Cortes* wurden zu dieser Zeit nicht mehr einberufen – erblickte die *Lliga* ihre Chance, die katalanische Autonomie voranzutreiben und eine föderalistisch orientierte Verfassungsreform auf den Weg zu bringen. Die wiederbelebten Autonomiehoffnungen des Katalanismus ebten jedoch bald, angesichts des „revolutionären Generalstreiks“ (1917), ab. „Die *Lliga* und die katalanische Industriebourgeoisie [wurde sich] sehr schnell ihrer Klasseninteressen bewusst und bekannten sich unmissverständlich zur Restaurationsordnung.“ (Bernecker 2007: 112) Diese Ereignisse wiederholten sich nach dem Ersten Weltkrieg, als sich die *Lliga* im Anschluss an die Verkündung des ‚Selbstbestimmungsrechts der Völker‘ eine internationale Unterstützung ihres Strebens nach Autonomierechten erhoffte. Eine breite Kampagne zur Erhaltung der langersehnten Selbstregierung scheiterte und die Lösung des Autonomieproblems wurde zurückgestellt, als sich im Jahr 1919 die sozialen Unruhen ausbreiteten und die Nähe zur Madrider Regierung mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der Eigentumsordnung gesucht wurde.

In den folgenden Jahren kooperierte die *Lliga* sehr eng mit dem Restaurationsystem und den spanischen politischen Akteuren, ihr Führer Cambó wurde zu einer der meist respektierten öffentlichen Figuren Spaniens. Die Hauptsorge der Politiker der *Lliga* wie auch der katalanischen Bourgeoisie waren der starke Anstieg der sozialen Konfliktivität und die Klassenkämpfe. In diesem Klima der Verschärfung der Klassegegensätze rückte die *Lliga* von ihren ursprünglichen Forderungen nach weiteren Autonomierechten ab und trat in die spanische Regierung ein, um ein spa-

nienweites Modernisierungsprogramm voranzutreiben. Die Kooperation mit dem System der Monarchie und die ausbleibenden Fortschritte hinsichtlich der Dezentralisierung des Staates warfen die *Lliga* jedoch in eine schwere Krise. Die Unzufriedenheit mit der katalanischen politischen Klasse und der *Lliga* führte zu ihrem Popularitätsverlust, was der Formierung neuer Formen des Katalanismus den Weg ebnete:

„Die Anlehnung an die Macht in Madrid, verbunden mit der Aufgabe von Reformansprüchen, die über die unmittelbare ökonomische Interessenvertretung hinausgingen (...) bewirkte, dass das Anliegen der katalanischen Autonomie, das von dem industriellen Bürgertum hintenangelassen wurde, in die Hände des Kleinbürgertums, der linken und jungen Intellektuellen überging. Die maßgebenden Politiker der Zukunft waren nicht mehr die Männer der *Lliga*, sondern die der noch zersplitterten, nationalistisch republikanischen Linken.“ (Brunn 1978: 308)

Als Fernwirkung des Erfolgs der Russischen Revolution und der Radikalisierung der Arbeiterschaft³ hat sich eine ideologische Ausdifferenzierung der politischen Landschaft Kataloniens ergeben, in der sich auch radikalnationalistische und linke Spielarten des Katalanismus entwickelt haben. Nachdem die Lösung des Autonomieproblems abermals zurückgestellt wurde, zerfiel die Einheit der Katalanisten, und es bildeten sich linke und liberale Abspaltungen heraus.

Die *Acció Catalana* spaltete sich von der *Lliga* als nationalistische und liberale Partei ab und artikulierte das programmatische Ziel der vollen Unabhängigkeit Kataloniens. Mit ihrer Forderung nach der Rückbesinnung auf die eigentlichen nationalistischen Ziele, der Erreichung der katalanischen Autonomie, der alle weiteren Fragen unterzuordnen wären, konnte sie bei den Wahlen von 1923 beeindruckende Erfolge verbuchen. Im gleichen Jahr gründete Francesc Macià, unzufrieden mit der erneut engen Anlehnung der *Lliga* an das Restaurationsregime und motiviert vom nationalen Befreiungskampf nach irischem Vorbild, den *Estat Català*, eine republikanische Organisation, die erstmals den katalanischen Separatismus propagierte. Der Zerfall des konservativen Katalanismus ging einher mit der Entstehung verschiedener katalanistischer Parteien, die ein nationalpolitisch radikaleres und zugleich auch ein fortschrittlicheres Profil, vor allem in der ‚sozialen Frage‘, aufwiesen. Es kommt in den 20er Jahren zu einem Aufleben der katalanistischen Linken, die in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts keine Rolle gespielt hatte.

3 Insbesondere in Barcelona kam es zu langandauernden und schweren Arbeitskonflikten. Beflügelt durch den Erfolg der Russischen Revolution gelang es der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft *CNT* im Februar 1919 durch einen Generalstreik in einem noch nie dagewesenen Ausmaß die Stadt Barcelona komplett stillzulegen. 70 % der Industrieproduktion der Provinz Barcelona wurde unterbrochen und für 44 Tage war die Hauptstadt Kataloniens paralysiert; vgl. Bernecker 2007: 114.

Ihr Versuch, eine aufgeweichte nationalpolitische Programmatik mit republikanischen und sozialen Aspekten zu verbinden, konnte damals weder im mittleren und unteren katalanistisch gesinnten Bürgertum noch in der Arbeiterschaft punkten. Zu Beginn der 20er Jahre konnte sie jedoch in der Kritik der Praxis der *Lliga* eine Alternative zum konservativen Katalanismus und dessen engem Bündnis mit dem monarchistischen System formulieren, die sich erfolgreich etablieren konnte (vgl. Brunn 1978: 339)⁴. 1923 konnte die *Acció Catalana* bei den Wahlen bemerkenswerte Erfolge verbuchen.

Während der rechtskonservativen Diktatur Miguel Primo de Riveras von 1923 bis 1930 – einer „nationalen und politischen Revolution von oben“ (Collado-Seidel 2007: 160), die ein politisches Projekt der nationalen Erneuerung und Stabilisierung mit der Repression der auflebenden Nationalbewegungen in den Peripherien verband – reproduzierte sich der Katalanismus vornehmlich im kulturellen Milieu. Die Diktatur stellte den Gebrauch der katalanischen Fahne und Hymne unter Verbot, ebenso die Verwendung der katalanischen Sprache. Unter diesen Umständen drängte der Katalanismus in kulturelle Sphären. Es bildete sich im so genannten ‚moralischen Separatismus‘ zudem ein breites Bewusstsein von der Unvereinbarkeit der kastilischen Monarchie und der katalanischen Selbstregierung heraus (vgl. Bernecker 2007: 119f f.). Es kommt zur Radikalisierung des Katalanismus und dem Erstarken des linken Flügels. Als sich die *Lliga* 1931 an einer Übergangsregierung beteiligt und deren Vorhaben unterstützt, die Verhältnisse vor 1923 wiederherzustellen, artikuliert sich die Unzufriedenheit dieses linken Flügels des Katalanismus, und es kommt 1931 zum Zusammenschluss verschiedener linkskatalanistischer Parteien (u.a. *Estat Català*, *Partit Republicà Català*) und zur Gründung der *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC).

Die ERC verkörperte eine „Verbindung des radikal-katalanistischen Nationalismus mit dem autonomistischen Republikanismus föderaler Provenienz“ und entwickelte sich bis zum Spanischen Bürgerkrieg zur hegemonialen Partei im politischen Leben Kataloniens (vgl. Bernecker 2007: 120). Der zentrale Unterschied zwischen dem ‚bürgerlichen Nationalismus‘ der *Lliga* und dem ‚progressistischen Nationalismus‘ der ERC, die kleine Landwirte und einen Teil der Arbeiterschaft repräsentierte, war sozialpolitischer Natur. Während erster sich in der Form einer interklassistischen Ideologie präsentierte, für die der Respekt der katalanischen Nation bei gleichzeitiger Verteidigung des Privateigentums und des industriellen Protektionismus an oberster Stelle stand, war der so genannte „nacionalismo progresista“

4 „Das Zurücktreten der nationalistischen Programmatik, die wachsende Bedeutung des republikanischen und sozialen Aspekts jedoch entfremdete der katalanistischen Linken einen großen Teil der Gefolgschaft des mittleren und unteren Bürgertums, ohne dass ihr aus der Arbeiterschaft, die sie damit erreichen wollte, neue Unterstützung zugekommen wäre“ (Brunn 1978: 339).

(„fortschrittliche Nationalismus“) eng verbunden mit dem fortschrittlichen, demokratischen Republikanismus. Laizistische Programmpunkte wurden verbunden mit sozialpolitischen Forderungen nach pragmatischen Reformen sozialdemokratischen Zuschnitts (vgl. Díez Medrano 1999: 130 f.). Kurz nach ihrer Gründung konnte sich die *ERC* bei den Kommunalwahlen im April 1931 an die Spitze des Katalanismus setzen, während der konservative Katalanismus von Cambó eine deutliche Niederlage erlitt.

Im Baskenland konnte sich der *PNV* im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ebenfalls konsolidieren und als politischer Faktor etablieren. Kurz vor seinem Tod im Jahre 1903 hatte sich die frühe Version des radikalen Nationalismus Aranas unter dem Einfluss des moderaten Flügel der *euskalerrriakos* leicht modifiziert und gemäßigt. Der ideologische Wandel zur Mäßigung in der Konzeption des Nationalismus bei Arana umfasste zunächst einen Positionswechsel hinsichtlich der Industrialisierung, die nun nicht mehr nur als Übel wahrgenommen wurde. Arana revidierte seinen rückwärtsgewandten Antikapitalismus und sah nun in der Industrialisierung des Baskenlandes einen Faktor, der die Differenz und Höherwertigkeit des baskischen Volkes im Vergleich zum restlichen Spanien deutlich machte. Bilbao erschien nun auch nicht mehr als das Zentrum des kulturellen Verfalls, sondern wurde von Arana dargestellt als die fruchtbare Geburtsstätte der baskischen Reichtümer und Kultur (vgl. de la Granja 2002: 34). Zudem hat sich der antispanische Reflex Aranas abgemildert. Seine zuvor unversöhnliche und separatistische Positionierung gegenüber dem spanischen Staat ist dem Ziel der umfassenden baskischen Autonomie innerhalb der politischen Einheit des spanischen Staates gewichen (vgl. Heiberg 1989: 65 f.). Die ideologische Heterogenität des *PNV* durch die Zusammensetzung der Partei aus unterschiedlichen ideologischen Strömungen und sozialen Trägergruppen sowie der frühe Tod des Vordenkers Arana, der durch die umfassenden Revisionen seiner früheren radikalen Programmatik ein ideologisches Erbe mit großem Interpretationsspielraum hinterlassen hatte, machte die weitere Entwicklung des *PNV* nach seinem Tod ungewiss.

In den nach Aranas Tod auflebenden internen ideologischen Richtungsstreitigkeiten standen sich der moderate Flügel der *euskalerrriakos* und der radikale Flügel der *aranistas* gegenüber. Während der erste die Fortentwicklung der Partei zu einem politischen Faktor der Legalität, des Gesetzes und der Ordnung anstrebte und dabei das Ziel eines umfangreichen Autonomiestatuts formulierte, strebte der kleinbürgerliche Flügel der *aranistas* eine Kontinuität der radikal-nationalistischen, separatistischen Ideologie an. Die internen ideologischen Streitigkeiten konnten dadurch befriedet werden, dass beide Fraktionen in der Partei koexistieren konnten und bestimmte Funktionen im Rahmen einer Arbeitsteilung übernommen haben. Während die *hardliner*-Fraktion einen zunehmenden Einfluss auf die ideologischen (Publikations-)Apparate der Partei ausüben konnte, übernahm die moderate Fraktion der Mittelschicht eine pragmatische und professionelle Funktion und bestimmte

die praktische Politik des *PNV* (vgl. Heiberg 1989: 66). Der *PNV* war in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts durch eine ‚hybride Ideologie‘ und eine Heterogenität in der internen Organisation gekennzeichnet. Die politischen Fertigkeiten und das moderne ökonomische Denken der mittleren Bourgeoisie wurden mit dem nationalistischen Eifer des Kleinbürgertums der *PNV*-Klientel verbunden.

1906 wird das erste Manifest der Partei veröffentlicht, das eine Erfolg versprechende Verbindung der theoretischen Unabhängigkeitsprogrammatik mit einer politischen Praxis zu Gunsten der Autonomiepolitik vornahm:

„Cette dualité contribua à l'enracinement social et au succès politique du PNV et caractérisa sa trajectoire jusqu'à la Guerre Civile espagnole, bien qu'avec des tensions et certaines scissions, surtout du secteur radical.“ (de la Granja 2002: 42)

Unter dem Einfluss des Industriemagnaten Ramón de la Sotas und dem Einfluss der *euskalerriakos* näherte sich der *PNV* als konservative Partei der Ordnung dem Restaurationsregime unter Alfons XIII. an. Es setzte sich im baskischen Nationalismus ein bürgerlicher Pragmatismus durch, der die kapitalistische Industrialisierung nicht mehr per se ablehnte und das Fernziel der nationalen Unabhängigkeit durch die Kompromisslösung eines baskischen Autonomiestatuts ersetzte. Die Konsolidierung des *PNV* ging einher mit dem Ausbau der Organisation, die nun unterschiedliche Themenbereiche und interne Unterorganisationen umfasste. Es wurden eine moderne Parteistruktur mit regionalen Untergliederungen geschaffen, zahlreiche Parteilokale (die so genannten *batzokis*) sowie ein Jugendverband *Euzko Gaztedi Indarra* (EGI) und die Frauenorganisation *Emakume Abertzale Batza* (EAB) gegründet. Im Jahre 1911 gründete der *PNV* zudem die nationalistische Gewerkschaft *Solidaridad de Trabajadores Vascos* (STV) (hierzu Heiberg 1989: 71 f.). In einem Klima heftiger Klassenauseinandersetzungen, das gekennzeichnet war von wilden Streiks und deren repressiver Bekämpfung (Streiks der Minenarbeiter in den Jahren 1903, 1906 und 1910) sowie dem Aufleben der sozialistischen Arbeiterbewegung (bei den Wahlen 1911 konnten die Sozialisten einen großen Triumph feiern), hat sich im *PNV* die Erkenntnis durchgesetzt, dass die nationalistische Bewegung auch eine Organisation für die baskischen Arbeiter braucht. Der das politische Leben im Baskenland im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts bestimmende Gegensatz zwischen Sozialismus und Nationalismus sollte auch die weitere Entwicklung der baskischen Nationalbewegung prägen (vgl. Fusi 1984: 49 ff.).

Der baskische Nationalismus, der aus der Radikalisierung der traditionalistischen und katholischen Schichten des Baskenlandes hervorgegangen war, hatte seine primäre Trägerschaft in der baskischen kleinindustriellen Unternehmerschicht sowie den baskischen urbanen und ländlichen Mittelschichten. Weder die sozialistische Arbeiterbewegung noch die Arbeiter als differenzierte soziale Gruppe hatten in der nationalistischen Politik einen Ort. Mit der Gründung der *STV* (die sich später in

Eusko Langileen Alkartasuna-ELA umbenennen wird) wurden zwei strategische Ziele verfolgt: die autochthone Arbeiterklasse an die Nationalbewegung zu binden sowie eine nationalistische und katholische Alternative zur sozialistischen Gewerkschaft zu bilden. Die nationalistische Gewerkschaft, die viele Priester in ihren Führungsreihen zählte, war katholisch und anti-sozialistisch ausgerichtet und hatte einen eher christlich-sozialen denn einen klassenkämpferischen Charakter. Ihre politischen Hauptfeinde sah die *STV* in der sozialistischen Arbeiterbewegung und dem zentralistisch und anti-baskisch orientierten Monopolkapital (vgl. Heiberg 1989: 71).

Die engen Grenzen der christlichen Soziallehre des *PNV* provozierten im Verlauf der allgemeinpolitischen Linkswende in den 20er Jahren Linksabspaltungen im baskischen Nationalismus. Vor dem Hintergrund der wachsenden wechselseitigen Skepsis gegenüber dem transformatorischen Potenzial des baskischen Nationalismus im republikanischen und zugleich baskisch gesinnten progressiven Milieu, spaltete sich im November 1930 die *Acción Nacionalista Vasca (ANV)* vom *PNV* ab. Die *ANV* öffnete sich der Zusammenarbeit mit den republikanischen und fortschrittlichen Kräften Spaniens mit dem Ziel eines Regimewechsels in Madrid und lehnte den rassistisch begründeten Nationalismus aranistischer Prägung sowie die enge Bindung des *PNV* an die katholische Kirche ab (vgl. Collado-Seidel 2010: 118). Die *ANV* wandte sich vor allem auch der sozialen Frage zu, weshalb sie auch in den Arbeitervierteln Bilbaos eine gewisse Resonanz erfuhr. Im März 1931 schloss sie sich dem anti-monarchistischen Block an und trat mit diesem zu den Kommunalwahlen von 1931 an. Dank dieser Allianz konnte die *ANV* einige Mandate in Gipuzkoa und vor allem im industriellen Gürtel Bilbaos gewinnen. Allerdings wurden die politischen Hoffnungen der *ANV* bei den nächsten Wahlen zu den konstituierenden *Cortes* im Juni 1931 bald schon wieder enttäuscht. Als Repräsentantin eines ‚dritten Wegs‘ der demokratischen und autonomistischen Linken innerhalb des Nationalismus konnte sie keine ernsthafte Konkurrenz zum hegemonialen *PNV* darstellen (vgl. de la Granja 2002: 56 f.).

Bei den Kommunalwahlen am 12. April 1931 zeigte sich eine „republikanische Aufbruchstimmung“ (Collado-Seidel 2010: 118). Die Kommunalwahlen, die von den Bürgern als ein Plebiszit über das politische System verstanden worden sind, endeten in einem Fiasko und dem Kollaps des Systems. Es kam zu einem überwältigenden Sieg der liberalen und republikanischen Kräfte. Nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse wurde in Barcelona, in den baskischen Städten Eibar und San Sebastián und später auch in Madrid die Republik ausgerufen. Aus Angst vor weiterer politischer Eskalation und der Machtübernahme der radikalisierten Arbeiterorganisationen ging König Alfons XIII. ins Exil, und es kam zum politischen Wechsel von der Monarchie zur Republik, „müheles und ohne Blutvergießen“ (Bernecker 2010: 342).

In einem Zustand akuter politischer Krise übernahmen die Republikaner die Macht eines Staates. Schon bald erwiesen sie sich als unfähig und nicht mächtig genug, auch die verkrusteten überkommenen *gesellschaftlichen* Verhältnisse zu reformieren, weshalb die junge Republik schon bald den Rückhalt in der Bevölkerung verlor. Auf der einen Seite stellte sich die zunehmende Unzufriedenheit derer ein, die tief greifende soziale Reformen erwartet hatten, auf der anderen Seite der immer massiver werdende Widerstand der Reformgegner, die zurück zu den alten politischen Verhältnissen wollten. Das politische Schicksal der Zweiten Republik war durch die Konkurrenz der zwei politischen Lager, des progressiven republikanischen Flügels und der Reformgegner, bestimmt. Letzteres sollte sich bis zum Putsch Francos gegen die Republik (1936) zu einem Aktionsbündnis und einer ‚reaktionären Koalition‘ zusammenfinden, bestehend aus Armee, Kirche, Einheitspartei und Syndikaten (Falangisten) sowie der überkommenen Schicht der Großgrundbesitzer, des Finanzkapitals, den katholisch-kleinbäuerlichen Schichten und einem bedeutenden Sektor der Bourgeoisie (vgl. Bernecker 2010: 343).

Während der kurzen Phase der Zweiten Republik (1931-1936/9) hatte sich angesichts der möglichen Lösung des nationalen Konflikts durch das Zugeständnis umfangreicher Autonomiestatute eine weitere Modernisierung und Ausdifferenzierung der beiden Nationalbewegungen ergeben. Zuvor, schon im August 1930, hatten die ‚antimonarchistischen Kräfte‘ im Pakt von San Sebastián ihren Willen zur Einführung der Republik verkündet (vgl. Vilar 2005: 127). Neben den spanischen republikanischen Parteien waren dort auch linke und liberale Organisationen des Katalanismus anwesend. Im Pakt von San Sebastián wurde das politische Ziel einer spanischen Republik artikuliert, die laizistisch geprägt sein und eine umfangreiche Föderalisierung des Staates einleiten sollte. In diesem Pakt drückt sich die ideologische Annäherung zwischen Teilen der Nationalbewegungen und der linken Kräfte Spaniens aus. Das angestrebte Ziel der Demokratisierung Spaniens wurde im Pakt mit der Idee der Republik und Autonomierechten für die ‚nationalistischen Regionen‘ identifiziert (vgl. Fusi 2000: 37). Der Anwesenheit linker und liberaler Strömungen der Nationalbewegungen (u.a. die *Acció Catalana* und der *Estat Català* von Macià) stand die Abwesenheit der Vertreter des baskischen Nationalismus gegenüber. Der *PNV* war zu dieser Zeit noch stark vom katholischen Konservatismus geprägt und fürchtete ein künftiges republikanisches Regime laizistischer Natur sowie eine mögliche soziale Revolution. Die Unzufriedenheit über die Zurückhaltung des *PNV* angesichts dieser Bündnismöglichkeit motivierte nicht zuletzt auch die Abspaltung des *ANV* als laizistischem, modernem und republikanischem Flügel des baskischen Nationalismus. Die Unterschiede der baskischen und katalanischen Nationalbewegung zu dieser Zeit erklären auch den Tatbestand, dass schon bald ein katalanisches und erst recht spät ein baskisches Autonomiestatut mit der neuen spanischen Republik ausgehandelt werden konnte.

Die *ERC* stellte bei den Wahlen zu den verfassungsgebenden *Cortes* im Juni 1931 die deutliche Mehrheit aller katalanischen Abgeordneten. Die katalanischen Politiker traten in Verhandlung mit der Zentralregierung über ein Autonomiestatut, das binnen kürzester Zeit ausgearbeitet und bereits im August 1931 als „Statut von Nùria“ von einer überwältigenden Mehrheit im Plebiszit angenommen wurde. Nach einigen Einschnitten wurde das Statut in den *Cortes* 1932 verabschiedet. Katalonien bekam als erste ‚historische Region‘ den Status einer autonomen Region zugestanden und wurde als „autonome Region innerhalb des spanischen Staates“ definiert. Die Erklärung der katalanischen Sprache als einzige offizielle Sprache Kataloniens wurde von den *Cortes* zurückgewiesen (vgl. Collado-Seidel 2007: 167 f.). Der als katalanische Autonomieregierung eingeführten *Generalitat* wurden zahlreiche „untere und mittlere Verwaltungskompetenzen“ übertragen, was manche katalanistische Forderungen erfüllt, die maximalistischen Erwartungen der *ERC* aber enttäuscht hat (vgl. Bernecker 2007: 122). Neben einer eigenen Regierung wurden ein katalanisches Parlament und eine eigene Verwaltungsstruktur etabliert. Die autonomiepolitischen Errungenschaften in Katalonien hatte eine ausstrahlende Wirkung auf die anderen „historischen Regionen“ und stimulierte autonomistische Bewegungen im Baskenland, Galicien und in Valencia (vgl. Payne 1971: 42 ff.).

Die Aushandlung des baskischen Autonomiestatuts stellte sich wesentlich schwieriger dar, auch wenn das „baskische Problem“ die spanische Politik weitaus weniger polarisierte als das ‚katalanische Problem‘. Es erwies sich als grundlegendes Problem, dass es in der baskischen politischen Landschaft kein geteiltes Verständnis des „hecho diferencial vasco“ („differenziellen Tatbestand des Baskenlandes“) gab und kein Konsens unter den verschiedenen Parteien, den baskischen Sozialisten (PSE), Kommunisten (PCE) und dem *PNV*, hinsichtlich der territorialen Konzeption von *Euzkadi* vorherrschte (vgl. Fusi 1984: 171 ff.). In den ersten Jahren scheiterte die Verabschiedung eines baskischen Autonomiestatuts an der Uneinigkeit in der baskischen Politik (der *PNV* legte der spanischen Regierung zunächst einen im Alleingang und ohne Absprache mit den anderen baskischen Parteien konzipierten Statut-Entwurf vor). Als 1933 die linksrepublikanische Regierung die allgemeinen Wahlen verlor und das reaktionäre Wahlbündnis die Mehrheit in den *Cortes* stellte, begann das so genannte „biennio negro“ („schwarze Biennium“) der konservativ-reaktionären Hegemonie. Es entzündeten sich heftige Konflikte zwischen der linkskatalanistisch geführten *Generalitat* und der rechten spanischen Regierung, an der sich auch die rechte, philofaschistische Sammlungsbewegung *Confederación Española de Derechas Autónomas* (CEDA) unter der Führung José María Gil Robles beteiligte. Im Baskenland kam es zu von der *ELA-STV* veranstalteten Streiks und in Asturien nahm ein Generalstreik revolutionäre Züge an. Die Niederschlagung des Streiks im Baskenland durch spanische Ordnungskräfte mit mehreren dutzend Toten leitete die Entfremdung des *PNV* von der rechten Regierung in Madrid ein. Mit dieser waren zudem keine Fortschritte in der Aushandlung

des baskischen Autonomieprojekts zu erwarten, da sie der Idee der regionalen Autonomie sehr skeptisch gegenüber stand. In dieser Situation musste der *PNV* sich eingestehen, dass er keinen Gesprächspartner mehr für das in Gang gebrachte Autonomieprojekt hatte (vgl. Collado-Seidel 2010: 122). Er realisierte zudem, dass die spanische Rechte für die baskischen Autonomiehoffnungen ein unüberwindliches Hindernis darstellte und dass es unmöglich sein würde, mit ihr ein baskisches Autonomiestatut auszuhandeln, weshalb sich der *PNV* im Folgenden der spanischen, republikanischen Linken annäherte. Das Jahr 1934 stellte ein Schlüsseljahr in der politischen Entwicklung des *PNV* dar, da es den definitiven Bruch mit dem spanischen Konservatismus bedeutete (vgl. de la Granja 2002: 60).

Die Annäherung des *PNV* an die republikanischen Kräfte und die gegenüber diesen gezeigte Kompromissbereitschaft hinsichtlich der künftigen Aushandlung eines Autonomiestatuts hat eine weitere Abspaltung vom *PNV* provoziert. Eine Gruppe des radikalen Flügels, die auf dem Ziel der Separation des Baskenlandes bestand und die Kompromissbereitschaft der *PNV*-Führung kritisierte, löste sich 1934 vom *PNV* ab, um eine neue Organisation namens „*Jagi-Jagi*“ zu gründen. Der Name kommt von der gleichnamigen radikal-nationalistischen Zeitschrift um den ehemaligen Parteikader Elías Gallastegui. Neben dem nationalpolitischen Radikalismus ist die neue Formation durch eine ideologische Abweichung hinsichtlich der sozialen Frage gekennzeichnet. *Jagi-Jagi* übernimmt die progressivsten Forderungen der katholischen Soziallehre und gesteht den Problemen der Arbeiterklasse eine besondere Aufmerksamkeit zu. Wie die *ANV* teilte auch *Jagi-Jagi* die Sorge um die Verbesserung der Lebensbedingungen der baskischen Arbeiterklasse. Diese Abspaltung, aus der keine neue Partei hervorging, blieb jedoch minoritär, machte jedoch das Potenzial eines linken Flügels der baskischen Nationalbewegung deutlich: „Die soziale Dynamik der II. Republik hatte somit zu einer Ausbreitung des Nationalismus und dessen innerer Ausdifferenzierung incl. seines Arbeiterbewegung-Flügels beigetragen“ (Köhler 1993a: 188). Als bei den allgemeinen spanischen Wahlen im Februar 1936 das linke, republikanische Volksfrontbündnis als Sieger hervorgegangen war, kam es zur offiziellen Wiederaufnahme der Verhandlungen des baskischen Autonomiestatuts. Der sehr kompromissbereite *PNV* stimmt dem Statut-Entwurf des *PSOE*-Politikers Indalecio Prieto zu und übernahm die Macht und Regierungsverantwortung der provisorischen baskischen Regierung, die sich im Oktober 1936, d.h. bereits nach Ausbruch des Bürgerkriegs, konstituierte (vgl. Fusi 1984: 176).

3.5 ENTWICKLUNG DER NATIONALBEWEGUNGEN IM FRANKISMUS UND ANTIFRANKISTISCHEN WIDERSTAND

Am 18. Juli 1936 putschte das spanische Militär unter der Führung des Generals Francisco Franco gegen die Regierung des neu gewählten Volksfrontbündnisses. Vor allem in Katalonien, wo die von der ERC regierte *Generalitat* gemeinsam mit anderen linken Kräften, so z.B. der CNT, ein Bündnis zur Verteidigung der Republik in Katalonien gebildet hatte, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. In Katalonien wurden zudem die Kräfte heftig bekämpft, die die überkommene Gesellschaftsordnung repräsentierten und als (prinzipielle) Unterstützer der Aufständischen galten: Kleriker, Traditionalisten, Großgrundbesitzer und Falangisten. Im Kontext dieser politischen Aufstandssituation, die vor allem in Katalonien auch die Formen einer sozialen Revolution mit der Kollektivierung von Landgut und Produktionsmitteln angenommen hatte (vgl. Bernecker 1978), hat sich die 1933 in *Lliga Catalana* umbenannte *Lliga*, deren Mitglieder selbst ins Visier der Sozialrevolutionäre gerieten, der spanischen Rechten angenähert; ein Großteil ihrer Mitglieder unterstützte die frankistischen Aufständischen im Putsch gegen die Republik.

Im Baskenland stand die ANV von Beginn an auf der Seite der Republik, auch der PNV ist seiner Entscheidung zur Kooperation treu geblieben und hat politische und militärische Kräfte zur Verteidigung der Spanischen Republik mobilisiert. Anders verhielt sich die radikalnationalistische Gruppe *Jagi-Jagi*, die die Spanische Republik verachtete und es ablehnte, gemeinsam mit nichtnationalistischen Kräften für deren Erhalt zu kämpfen. Als sich im Baskenland der Sieg der frankistischen Truppen schon 1937 abzeichnete, zogen sich die Truppen der baskischen Regierung schnell zurück. Es bewahrheitete sich die Befürchtung des Präsidenten Manuel Azaña, dass die baskisch-nationalistischen Truppen „nach dem Fall Bilbaos, dem Verlust des Territoriums und der Auflösung der Autonomen Regierung glauben oder sagen, dass ihre Mission beendet sei und dass es keinen Grund gebe, weiter Krieg zu führen“ (zit.n. Kapser 2008: 160). Als es nicht mehr darum ging, die baskischen Territorien zu verteidigen, nahm die Kampfbereitschaft der baskischen Nationalisten stark ab, und es zeigte sich schon recht bald die geringe Identifikation mit der Spanischen Republik.

Nach dem Sieg der rechten Putschisten im Spanischen Bürgerkrieg (1939) setzte eine heftige Repressionswelle ein, die eine Kontinuität zu den Erschießungen und Gewaltexzessen der frankistischen Truppen während des Bürgerkriegs darstellte. Es ging den neuen Inhabern der Macht darum, diejenigen, die die Republik der Volksfront unterstützt hatten, zu verfolgen, zu foltern oder zu erschießen. Der Rachefeldzug der Sieger prägte eine Mentalität, die die Zweiteilung des Landes in Sieger und Besiegte während der gesamten Zeit des Frankismus immer wieder reproduzierte –

vor allem an dem zum Ritual erkorenen nationalen Feiertag und die Erinnerung an den ‚Tages des Sieges‘, der offiziell auf den 1.4.1939 datiert wurde (vgl. Bernecker 1997: 59 ff.). Mit der Beseitigung der Zweiten Republik durch die Eroberung durch den spanischen Faschismus ist in Spanien wiederholt der Versuch gescheitert, einen liberalen und demokratischen Staat zu schaffen (vgl. Bernecker 2010: 337). Die Frankisten machten sich an die Gestaltung eines ‚neuen Staates‘. Ohne eine präzise Darstellung des frankistischen Regimes und dessen Herrschaftssystems, das einerseits als ‚faschistisch‘ und andererseits als ‚autoritär‘ bezeichnet wird⁵, leisten zu können, lässt es sich wie folgt beschreiben: Eine Diktatur, die durch eine äußerst harte Repressionspolitik, durch die Konzentration der politischen Macht in der Exekutive, durch das Fehlen politischer Repräsentationsprinzipien, durch den Katholizismus, durch die starke Begrenzung politischer Rechte und Arbeitsrechte und die Unterdrückung regionaler Kulturen bei gleichzeitiger Zentralisierung der Macht gekennzeichnet war. Auch wenn das repressive Ausmaß des Regierens sich mit der Zeit abmilderte, hat das Regime seinen diktatorischen Gehalt bis 1975, bis zum Tod Francos, nie verloren (vgl. Díez Medrano 1999: 145 f.).

Das frankistische Regime hat eine Selbstbeschreibung und Staatsideologie entworfen, in der das idealisierte Bild der Zeiten der Katholischen Könige mit der Idee der Einheit der spanischen Nation geschaffen wurde (vgl. Collado-Seidel 2010: 134). Das berühmte Motto des Regimes „España, una, libre y grande“ („Das eine, freie und große Spanien“) verkündete die unitaristische Bestimmung von Spanien als unteilbare politische Entität, die sich gegen jeglichen Separatismus oder territoriale Dezentralisierung richtete. Wenn der Zentralismus und der Autoritarismus bestimmende Konstanten in der Entwicklung der spanischen Staatlichkeit bis zur Verfassung von 1978 gewesen sind, wie Eliseo Aja (2007: 55) feststellt, dann haben diese beiden Aspekte im Frankismus ihren Höhepunkt erreicht. Die konservativ-autoritäre Vorherrschaft bei der Führung des spanischen Staates hat in mehreren Schlüsselmomenten der politischen Geschichte Spaniens verhindert, dass sich libe-

-
- 5 Eine Beschreibung der Struktur und Machttträger des neuen Systems wie auch eine Diskussion der Typisierung des Regimes (faschistisch vs. autoritär) findet sich in Bernecker 1997: 61-82. Holman hat den Frankismus im Rahmen einer faschismustheoretischen Erklärung als Option der herrschenden Klassen angesichts der Führungskrise der politischen Klasse und der wachsenden Polarisierung zwischen den sozialen Klassen beschrieben: „[I]t was the collision of interests between the powerful big landowners and the incipient industrial bourgeoisie in the Basque Provinces and Catalonia, the incapacity of the regenerationists to mediate between them, and the growing polarization between social classes, that eventually culminated in the Franquist ‚revolution from above‘ after the Spanish Civil War. In fact, when faced with the prospect of social revolution, Franquism was the only option left for the dominant classes to ‚save capitalism from the capitalists‘“ (Holman 1996: 204).

rale und demokratische Einflüsse durchsetzen konnten. Ein besonderer Charakterzug dieser Vorherrschaft ist in dem Zentralismus der politischen Macht zu sehen (vgl. ebd.: 56).

Die während der Zweiten Republik begonnene Dezentralisierung des spanischen Staates war für die nationalspanische Rechte nicht hinnehmbar. Die spanischen Faschisten um die *Falange* von José Antonio Primo de Rivera konnten zwar politisch keinen bleibenden Einfluss auf das frankistische Regime ausüben, ideologisch konnten sie jedoch ihre antibaskische und antikatalanische Version des spanischen Nationalismus in der spanischen Rechten und insbesondere im Militär ausbreiten und stabilisieren. Die regionalen Nationalbewegungen stellten in dieser Perspektive einen inneren Feind dar, der die nationale Einheit bedrohte. Die Konzeption eines starken, zentralistischen und autoritären Staates stand im Zentrum der neuen rechten Ideologien Spaniens (vgl. Fusi 2000: 41 f.). Die katalanische und baskische Selbstbestimmungsregelung wurde sofort nach der Eroberung der jeweiligen Gebiete revidiert. Mit der Besetzung des Baskenlandes wurden die letzten noch verbliebenen finanziellen Sonderrechte, die *Conciertos Económicos* für die Provinzen Gipuzkoa und Bizkaia, per Dekret von Franco abgeschafft. Dieser Schritt wurde begründet durch den ‚begangenen Verrat‘ der beiden Regionen in der ‚nationalen Frage‘ – die baskischen Regionen Álava und Navarra, wo der frankistische Putsch von Beginn an von der Mehrheit der Bevölkerung befolgt unterstützt wurde, behielten ihre finanziellen Sonderrechte. Noch vor Ende des Bürgerkriegs wurde zudem das Autonomiestatut für Katalonien aufgehoben.

Neben der politisch-ideologischen Unterdrückung und Verfolgung der politisch begründeten Feinde (der Linken, Liberalen, der Organisationen der Arbeiterbewegung und peripher-nationalistischer Politiker) steht die massive kulturelle Repressionspolitik des Regimes. Die restriktive Vorstellung der spanischen Nation, die als durch die kastilische Sprache und Kultur geeint imaginiert wurde, implizierte eine konsequente Verfolgung aller abweichenden Identifikationsfaktoren. Diejenigen kulturellen Ausdrucksformen, die als repräsentativ für die partikularen Identitäten der peripheren Regionen angesehen wurden, sollten in ihrer Verwendung verboten werden. Die regionale Sprache, Literatur und Folklore sowie die Symbole der peripheren Nationalbewegungen in Galicien, Katalonien und im Baskenland wurden verboten und verfolgt. Die Verwendung der peripheren Sprachen galt als Ausdruck des Separatismus. Die Verwendung der baskischen Sprache wurde bis ins Alltagsleben verfolgt (vgl. Heiberg 1989: 91). Auch in Katalonien wurde versucht, die katalanische Sprache aus dem öffentlichen Leben zu bannen. „In allen gesellschaftlichen Bereichen setzte eine umfassende ‚Entkatalanisierung‘ ein.“ (Bernecker 2007: 135)

Zu Beginn des faschistischen Regimes wurden noch guerillaförmige Widerstandsaktivitäten gegen das Regime, der Widerstand der so genannten antifrankistischen „maquis“, durchgeführt. Auch im Baskenland und in Katalonien kam es zu-

nächst noch zu massenhaften Protesten. Am 1. Mai 1947 entzündete sich im Baskenland eine massive Streikbewegung, eine der „ersten beeindruckenden und ideologisch vielschichtigen Manifestation von Opposition gegen das Franco-Regime“ (Collado-Seidel 2010: 136), die von der baskischen Exilregierung des *PNV* und den Gewerkschaften der *UGT*, der *ELA-STV* und des *CNT* organisiert wurde. Der Erfolg der Streikbewegung, die heftige Repressionen des Regimes nach sich zog, nährte die Hoffnung auf ein baldiges Ende des Regimes (vgl. Díez Medrano 1999: 171). 1951 kommt es in Barcelona zu einem öffentlichen Protest gegen die Fahrpreiserhöhung der Straßenbahnen, der sich zu einer grundsätzlichen Ablehnung des Franco-Regimes entwickelte. Im Baskenland kam es daraufhin zu Solidaritätsbekundungen zu Gunsten der katalanischen Proteste, und ein weiterer Streik wurde ausgelöst. Schon bald war jedoch ein Abebben dieser Protestwellen festzustellen. Im Laufe der 50er Jahre konnte sich das frankistische Regime konsolidieren, die *UNO* hob ihren diplomatischen Boykott gegen Spanien 1946 wieder auf, es kam zu Abkommen Spaniens mit den USA sowie zur Unterzeichnung eines Konkordats mit dem Vatikan. Die Stellung des Regimes wurde stabilisiert, politisch anerkannt, wirtschaftlich unterstützt und militärisch protegiert (vgl. Bernecker 1997: 101 ff.), die Hoffnungen des antifrankistischen Widerstands auf internationale Unterstützung wurden endgültig enttäuscht.

Das Regime konnte sich auch ökonomisch stabilisieren. Auf eine Phase des wirtschaftspolitischen Protektionismus folgte Ende der 50er Jahre die wirtschaftliche Öffnung. Die ökonomische Liberalisierung und Internationalisierung wurde gekoppelt an staatlichen Paternalismus und eine autoritäre Regierungspraxis, was in den 1960er Jahren hohe wirtschaftliche Wachstumsquoten ermöglichte. Auch die ökonomischen Eliten des Baskenlands und Kataloniens profitierten außerordentlich von dem Frankismus. Zudem gelten die guten Beziehungen der regionalen Wirtschaftseliten zum frankistischen Regime als belegt. Die baskische industrielle Oligarchie arbeitete offen mit dem Regime zusammen, „die meisten baskischen Bankiers und Großindustriellen stellten sich vorbehaltlos hinter das autoritäre Regime, das sie für diese Loyalität durch die Einräumung großzügiger wirtschaftlicher Konzessionen entschädigte“ (Waldmann 1989a: 255). Die katalanische Elite hat vom Frankismus ebenso profitiert wie die baskische – auch wenn einige Autoren die vermeintliche Benachteiligung der katalanischen Elite im Vergleich zu den Eliten anderer Regionen nachzuweisen versucht haben (vgl. Díez Medrano 1999: 158)⁶. Die katalanische Wirtschaftsbourgeoisie profitierte ebenso vom Wirtschaftssystem des Frankismus. So war die Zahl der Millionäre in Katalonien gegen Ende des Regimes 15- bis 20-mal so hoch wie vor dem Bürgerkrieg (vgl. Muniesa 1989: 25 f.).

6 So lässt sich z.B. eine relative Unterrepräsentation der Katalanen im Vergleich zu den Basken in der Zusammensetzung der politischen Elite des Frankismus nachweisen; vgl. Díez Medrano (1999): 157 f.

Die katalanische Großbourgeoisie blieb zwar eng mit der Region verbunden, verhielt sich dem Regime gegenüber aber opportunistisch, nicht zuletzt, weil sie auch von der spanischen Finanzoligarchie abhing (vgl. Bernecker 2007: 144).

Die Nationalbewegungen waren durch die Repression des frankistischen Regimes in die politische Passivität gedrängt. Dennoch konnte der Frankismus durch seine Repressionspolitik keine dauerhafte und angemessene Lösung des nationalen Konflikts bewirken. Statt dessen bestand die Auswirkung der frankistischen Diktatur im Hinblick auf die Nationalbewegungen in der Peripherie darin, dass durch die ‚Kultur der Repression‘ die Minderheitenkulturen einer permanenten Bedrohung unterlegen sind und sich dadurch letztlich national geprägte Widerstandsidentitäten herausgebildet haben.

„In the long run, the extension of the political dictatorship all the way to 1975 had the counterproductive effect of reawakening intense nationalist feeling in the most distinctive regions, and indeed of sparking a more intense nationalist identity in the Basque provinces than had ever existed before the Civil War.“ (Payne 1991: 487)

Die Nationalbewegungen haben sich in die kulturelle Sphäre zurückgezogen und dort spezifische Formen des Widerstands herausgebildet. Dieser ergriffen später dann breite Schichten der Bevölkerung, die sich schließlich für die differenten, nationalen Identitäten und Kulturen einzusetzen begannen. Es kann im Anschluss an die Vorläufer vor dem Ersten Weltkrieg und während der Zweiten Republik von einem „dritten Zyklus in der Entwicklung der Mikronationalismen“ gesprochen werden, der während des Frankismus beginnt (vgl. ebd.). Dieser dritte Zyklus lässt sich wieder in eine ‚kulturelle Vorstufe‘ zwischen 1955 und 1975, in die Phase des politischen Wachstums in den ersten Jahren nach Francos Tod (1975 – 1979) und in seinen ‚Ausbruch‘ („political breakthrough“) nach 1979 ff. unterteilen (vgl. ebd.).

Die baskische Nationalbewegung hat sich nach anfänglichen, von der *PNV*-Exilregierung unterstützten, Widerstandsbemühungen in politischer Hinsicht in die Passivität drängen lassen. Während die Exilregierung durch internationale Präsenz und Kooperationen aktiv zu bleiben versuchte, so z.B. durch die Organisation des „Baskischen Weltkongresses“ im Jahr 1956 in Paris, ist die nationalistische Bewegung im Baskenland selbst untätig geblieben. Diese Situation wurde von jungen radikalen Mitgliedern im Laufe der 50er Jahre zunehmend kritisiert. 1952 entstand mit *Ekin* („Handeln, Machen“ auf Baskisch) eine Organisation junger Intellektueller und Studierender, die Diskussionszirkel über die ‚Verbürgerlichung des *PNV* vor dem Hintergrund der Diktatur‘ veranstalteten und ihre Unzufriedenheit mit der apathischen Haltung des *PNV* in der Diktatur zum Ausdruck brachten (vgl. Segura 2009: 21 ff.). Die *Ekin* widmete sich zunächst dem Studium der baskischen Sprache und Geschichte und zielte auf eine Neudefinition und Aktualisierung des baskischen Nationalismus im Lichte neuer theoretischer Diskussionen und der aufleben-

den antikolonialen Befreiungsbewegungen ab. Nach einer ersten Annäherung an die PNV-Jugendorganisation *EGI* trat 1959 die Mehrheit der Mitglieder aus dieser aus, um unter dem Namen *Euskadi Ta Askatasuna* („Baskenland und Freiheit“; ETA) eine neue Organisation zu gründen.

Die *ETA* sah und sieht sich als Erbin des radikalnationalistischen Flügels des *PNV* und von dessen ideologischen Kern des Anti-Españolismus und der Forderung nationaler Unabhängigkeit (vgl. de la Granja 2002: 84 f.). Was die *ETA* in ihrer ersten Entwicklungsphase vom *PNV* unterschied, war der aktivistische Zug und die Unnachgiebigkeit in der Forderung danach. Die aktivistische Disposition der *ETA* äußerte sich 1961 zum ersten Mal, als sie versuchte, einen Zug mit frankistischen Veteranen des Spanischen Bürgerkriegs bei San Sebastián entgleisen zu lassen. Der Sabotageakt scheiterte, und das Regime reagierte mit einer großen Verhaftungswelle gegen die nationalistischen Aktivisten. Im Laufe der 1960er Jahre entwickelte sich die *ETA*, beeinflusst und beeindruckt von den nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, in Algerien und in Israel ideologisch weiter. Sie entfernte sich von den aranistischen Prinzipien, die von einer tiefen Verachtung des Sozialismus geprägt waren, und öffnete sich den Strategien und Ideen der nationalen Befreiungsbewegungen sozialistischer Ausrichtung. Die weitere Entwicklung der *ETA* begründete schließlich eine „neue nationalistische Bewegung“ im Baskenland (vgl. Garmendia 1996). Es wurde im Rahmen der fünften Versammlung der *ETA* (1966) die interne Ausdifferenzierung der Organisation und die Konstitution eines ‚Arbeiterflügels‘ beschlossen, der stark von marxistischen Positionen bestimmt war. Diese organisationsinterne Ausdifferenzierung spiegelte auch eine ideologische wider, die in der gesamten Geschichte fort existiert. Während der Arbeiterflügel stets klassentheoretische Positionen vertreten hat und eine theoretische Kombination von Nationalismus und Marxismus propagiert hat, war der ‚kulturelle Flügel‘ stets Repräsentant der aranistischen Ideologie, in der die Umsetzung radikaler, nationalpolitischer Punkte im Vordergrund stand. Entlang dieser ideologischen Konfliktlinie ist es in der Geschichte der Organisation stets zu Abspaltungen und Neuorganisationsversuchen gekommen (vgl. dazu: Casanova 2007, Garmendia 1996, Segura 2009).

Auf ihrer Fünften Versammlung hat die *ETA* die Taktik der Aktions-Repressionsspirale beschlossen, derzufolge provokante Aktionen gegenüber der Staatsmacht übertriebene, repressive Aktionen herausfordern sollten, die wiederum eine breite Solidarisierung mit dem Kampf für die nationale Emanzipation nach sich ziehen sollte. 1968 gab es die ersten Toten im baskischen Konflikt. Nachdem der *ETA*-Aktivist Txabi Etxebarrieta bei einer Verkehrskontrolle einen Polizisten erschossen hatte und nach einer mehrstündigen Flucht selbst von den spanischen Zivilgardisten erschossen wurde, hat der baskische Konflikt im Frankismus gewalttätige Formen angenommen. Die *ETA* forderte einen Tag später in einem Flugblatt die Rache für den „ersten Märtyrer der Revolution“ (zit.n. Segura 2009: 33 ff.). Da

die Zivilgardisten ohnehin als Ordnungskräfte der Diktatur verhasst waren, kommt es zu großen, spektrrenübergreifenden Solidaritätsbekundungen für den erschossenen Etxebarrieta. Im August 1968 wurde der Polizeichef von Gipuzkoa, Melitón Manzanás, der im Spanischen Bürgerkrieg und während der frankistischen Diktatur wegen seiner brutalen Folterpraktiken berühmt geworden ist, erschossen. Es folgte eine umfangreiche Repressionswelle und in Gipuzkoa wurde vom Regime der Ausnahmezustand ausgerufen. Die intendierte Aktions-Repressionsspirale wurde zur Realität. Der Ausnahmezustand wurde 1969 für drei Monate auf ganz Spanien erweitert, 1968 kam es zu 434 Festnahmen (davon 189 Gefängnisstrafen), 1969 waren es 1953 Festnahmen (davon 156 Verurteilungen mit mehreren hundert Jahren Gefängnisstrafe) und ungefähr 300 Zwangsexilierungen (vgl. Segura 2009: 36).

Die *ETA* avancierte in dieser Zeit zu einem populären Akteur des Widerstands gegen das frankistische Regime. Diese Wahrnehmung wurde zudem noch im Kontext des so genannten „Burgos-Prozess“ im Jahre 1970 bestärkt. In diesem Massenprozess sollte eine exemplarische Bestrafung der *ETA* vorgenommen werden, 16 Aktivisten wurden der *ETA*-Mitgliedschaft bezichtigt, wobei die Anklage in sechs Fällen die Todesstrafe und für die übrigen mehrere Jahrhunderte Haft forderte. Das als Schauprozess angelegte Verfahren wurde letztlich zu einem Desaster für das Regime. Die Angeklagten konnten durch eine geschickte Fragestrategie der Verteidigung ihre politische Ideologie und Ideen erklären. Am Ende ihrer selbstbewusst vorgetragenen ideologischen Erklärungen stimmten die Angeklagten die Hymne an den baskischen Soldaten, den *Euzko Gudariak*, an. Die mediale Übertragung des tumultartig endenden Prozesses löste internationale Solidaritätskampagnen für die Angeklagten sowie Proteste gegen das Franco-Regime aus. Es kam zu Solidaritätsdemonstrationen in Madrid, Barcelona, Bordeaux, Lyon, Paris, Marseille, Rom und sogar in Argentinien und Venezuela sowie zu Kampagnen spanischer und baskischer Intellektueller und Künstler (vgl. Segura 2009: 40). Der Prozess von Burgos stellte einen wichtigen Schritt in der Etablierung der *ETA* und des von ihr geprägten ‚anderen‘ Nationalismus dar. Das Aufsehen erregende und in ganz Spanien gefeierte *ETA*-Attentat auf den designierten Franco-Nachfolger, Luis Carrero Blanco, im Dezember 1973, wurde im Nachhinein als der Beginn des Endes der Franco-Diktatur gewertet, wenn es auch innerhalb der Organisation vehemente Kritik an der Gewaltkampagne auslöste. Aus der kritischen Haltung gegenüber der hartnäckigen und dauerhaften Gewaltstrategie des militärischen Flügels der *ETA* ist es bis zur jüngsten Waffenstillstandserklärung im Oktober 2011 zu zahlreichen Abspaltungen und Abwendungen von der *ETA* gekommen (vgl. Casanova 2007). Zum Ende des Frankismus saßen mehr als 500 *ETA*-Häftlinge im Gefängnis.

Während der 60er und 70er Jahre stieg das baskische Nationalbewusstsein an, die Wiedergeburt der auf Baskisch verfassten Literatur, baskischer Tänze und Musik, sowie des Theaters, spiegeln diese Entwicklung wider. Auch die *ikastola*-Bewegung, die sich durch die Gründung von Privatschulen, den so genannten *ikas-*

tolas, der Lehre des *Euskera* widmet, lebt in dieser Zeit auf. Die von der ETA verfolgte Politik der ‚Renationalisierung des Baskenlandes‘ unterstützte den Trend des Wiederbelebens baskischer Sprache und Kultur (vgl. Heiberg 1989: 107 ff.).

Auch in Katalonien haben die Repressionen des Regimes dazu geführt, dass sich die politischen Organisationen der katalanischen Nationalbewegung von der politischen Aktivität zurückgezogen haben, lediglich vereinzelte katholisch-katalanistische Organisationen sowie der kommunistische *Partit Socialista Unificat de Catalunya* (PSUC) konnten in der Klandestinität eine gewisse kontinuierliche politische Arbeit und die Unterstützung der Oppositionskräfte aufrechterhalten. Die katalanische Nationalbewegung zog sich in die kulturelle Sphäre zurück, es kam seit den 50er Jahren zur Gründung zahlreicher Clubs, Vereine, Wandergesellschaften, Folklore- und Tanzverbänden. Diese waren „scheinbar unpolitisch [...], deren Aktivitäten und Dynamik aber Ausdruck eines lebendig gebliebenen und konsequent gepflegten Bewusstseins der regionalen Eigenart“ (Bernecker 1997: 170). Viele dieser kulturellen Organisationen haben sich im Nachhinein als Durchlaufstationen und Sozialisationsinstanzen oppositioneller Nationalisten erwiesen. Mitte der 50er Jahre entstanden zudem Gruppierungen fortschrittlicher Katholiken, die sich für die Bewahrung der katalanischen Sprache und Kultur sowie für die „soziale Frage“ engagierten. Die *Cristians Catalans*, in der auch der spätere katalanische Ministerpräsident Jordi Pujol eine führende Rolle gespielt hatte, war eine der bedeutendsten Gruppierungen dieser Strömung und repräsentierte einen ideologischen Mix von Katholizismus, Katalanismus und fortschrittlichen Anschauungen. Es regten sich auch im sozialistischen Milieu katalanistische Strömungen, so z.B. im *Front Obrer de Catalunya* (FOC), dem auch der spätere renommierte Politiker Pasqual Maragall (Nachfolger von Pujol als katalanischer Ministerpräsident) angehörte. Eine besondere Bedeutung kommt dem 1961 von Industriellenkreisen gegründeten Kulturzentrum *Òmnium Cultural* zu, das den Beginn des Wiederauflebens der katalanischen Kultur in den 60er Jahren symbolisiert. Zu dieser Zeit werden zudem zahlreiche Zeitschriften in katalanischer Sprache (z.B. „Serra d’Or“, 1959) und katalanische Verlagshäuser (z.B. „Edicions 62“, 1962) gegründet. Ein Beispiel für den Willen zur politischen Betätigung und Konfrontation der katalanischen Mittelklassen ist das von 100 katalanischen Intellektuellen unterschriebene *Manifest del Cent*, das einen Schulunterricht auf Katalanisch und die Legalisierung katalanischer Kulturorganisation forderte.

Durch die partielle Liberalisierung des frankistischen Regimes entwickelten viele dieser zivilgesellschaftliche Zusammenhänge und Kulturorganisationen ein politisches Profil und bildeten die führenden Kräfte der späteren antifrankistischen Bewegung. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre kam es zudem zur Gründung radikal-nationalistischer Gruppierungen, wie z.B. des *Partit Socialista d’Alliberament Nacional* (PSAN), der sich aus dem gegen Ende des Spanischen Bürgerkriegs entstanden, aber ohne Einfluss gebliebenen *Front Nacional de Catalunya* (FNC) heraus-

bildete. Mit dem *PSAN* wurde in Katalonien die moderne linkskatalanische Unabhängigkeitsbewegung gegründet, die sich für die nationale Unabhängigkeit und den Sozialismus einsetzt (vgl. Vilaregut Saéz 2008: 65 ff.). Der *PSAN* versuchte ein katalanisches Pendant zur baskischen *ETA* zu gründen, blieb jedoch weitgehend ohne Einfluss auf den antifrankistischen Widerstand in Katalonien. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre bildete sich mit der *Assemblea de Catalunya* eine breite Bündnisstruktur heraus, die als effektive Klammer für die oppositionellen Gruppierungen Kataloniens fungierte. Hier fanden sich die Linksparteien und ihre Gewerkschaften, katholische sowie katalanische Organisationen zusammen. Der *PSUC* war die treibende Kraft der *Assemblea*, die sich auf vier basale politische Forderungen stützte: Herstellung der demokratischen und politischen Freiheiten, Generalamnestie für alle politischen Gefangenen, ein Autonomiestatut für Katalonien auf der Basis des republikanischen Statuts von 1931 sowie die Koordination des Kampfes mit den anderen ‚hispanischen Völkern‘ gegen die Diktatur. Das Programm fand sich popularisiert in dem Slogan der katalanischen Oppositionsbewegung wieder: „llibertat, amnistia, estatut d'autonomia“ („Freiheit, Amnestie, Autonomiestatut“; vgl. Caminal 1998: 117 f.). Die dominante Stellung der *PSUC* zu dieser Zeit führte zur Verbreitung des Marxismus, der zur Ideologie der katalanischen Oppositionsbewegung schlechthin avanciert (vgl. Balcells 2004: 230 f.).

Während in Katalonien in der Spätphase des Frankismus ein breit gefächertes oppositionelles Bündnis für Demokratie und Autonomie entstanden war, in dem neben bürgerlichen und radikalen Nationalisten auch die Linksparteien, ihre Gewerkschaften und christlichen Gruppierungen engagiert waren (vgl. Kraus 2007: 155 ff.), konzentrierte sich die politische Oppositionsbewegung des Baskenlandes auf die *ETA*. Diese wurde im Baskenland als Protagonist des antifrankistischen Widerstands wahrgenommen und konnte auf eine breite soziale Trägerschaft und ein großes Unterstützernetzwerk zählen. Generell hat sich im Baskenland in den 1970er Jahren eine gegenüber dem politischen Zentrum ‚Madrid‘ äußerst skeptische, mobilisierungsbereite und radikalisierte politische Gesellschaft herausgebildet (vgl. Lang 1988). Im Umfeld des von der *ETA* geprägten politisch-ideologischen Spektrums des radikalen Linksnationalismus haben sich in dieser Zeit zahlreiche Parteien, Organisationen und Gewerkschaften herausgebildet, die später einen großen Einfluss auf die Entwicklung des baskischen Parteiensystem haben sollten (vgl. Helmerich 2002: 146 ff.).

3.6 ETABLIERUNG DER DEMOKRATIE UND DER REGIONALEN AUTONOMIESTATUTE

Mit dem Tod Francos endete zwar offiziell das frankistische Regime, eine Normalisierung oder Demokratisierung der politischen Verhältnisse stellte sich aber keineswegs sofort ein. Franco hatte noch vor seinem Tod Juan Carlos de Bourbon am 30. Oktober 1975 zum neuen Staatschef ernannt und im November zum spanischen König proklamiert. Es kam nach Francos Tod zu ersten zaghaften Lockerungen der autoritären politischen Strukturen, die jedoch die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht befriedigen konnte. In der als „transición“ bezeichneten Übergangsphase von der Diktatur zur Etablierung demokratischer Strukturen standen die Resistenz und Reformblockaden der Anhänger, politischen Eliten und Unterstützungsgruppen des alten Regimes dem steigenden Druck der Straße gegenüber. Dieser Druck durch Massenmobilisierungen, Demonstrationen und politische Streiks hatte dafür gesorgt, dass der als *transición* bezeichnete Demokratisierungsprozess überhaupt erst in Gang gebracht und nach den ersten allgemeinen Wahlen (1977) dann auch weiter voran getrieben wurde (vgl. Collado-Seidel 2010: 149). Die Forderung der Opposition nach einem radikalen Bruch mit dem alten System konnte sich nicht durchsetzen, es stellte sich vielmehr ein schleppender Wandel ein, der offensichtlich im Gegensatz zur Dynamisierung der Proteste und der breiten Mobilisierung der spanischen Gesellschaft stand. In der Forderung nach einem Bruch mit der Vergangenheit und einer radikalen Erneuerung des Staates spielte auch die Diskussion des ‚nationalen Problems‘ eine prominente Rolle (vgl. Bernecker 1997: 218). Bis weit in die Linke wurde gefordert, dass im Rahmen der Demokratisierung des Staates die Lösung der nationalen Frage vorangetrieben werden sollte.

Sowohl im Baskenland als auch in Katalonien blieb die Mobilisierung der Bevölkerung während der *transición* auf hohem Niveau, in den neuralgischen Punkten Barcelona, das in den 70er Jahren als „the Capital of the opposition to the dictatorship“ (Balfour 1989: 192) galt, und den baskischen Städten Bilbao und San Sebastián kam es zu regelmäßigen, großen Demonstrationen, die vor allem im Baskenland oftmals sehr konfrontativ abgelaufen sind. Am katalanischen Nationalfeiertag am 11. September 1977, der *diada*, gingen knapp 1.000.000 Menschen in Barcelona auf die Straße, um für die Amnestie und ein katalanisches Autonomiestatut zu demonstrieren. Bei einer Demonstration streikender Arbeiter in der baskischen Hauptstadt Vitoria-Gasteiz im März 1976 wurden fünf Demonstranten erschossen (vgl. Lang 1988: 242). Während der hohen Mobilisierungsdichte auf den Straßen Kataloniens und des Baskenlandes wurde auf der Ebene der Politik die Vorverhandlungen über die Autonomiestatute und die neue spanische Verfassung diskutiert. Die vorläufige spanische Regierung unter Adolfo Suárez handelte mit dem Präsidenten der katalanischen Exilregierung, Josep Tarradellas, eine provisori-

sche Autonomieregelung aus, die bis zur Verabschiedung der Verfassung Gültigkeit hatte.

Die Exilregierung konnte zurückkehren, und das Autonomiestatut von 1931 wurde im September 1977 vorübergehend durch gesetzliche Verfügung wieder in Kraft gesetzt. Die von Suárez eingeleitete direkte Verhandlung mit dem Exil-Präsidenten Tarradellas leitete eine Phase der Personalisierung der *transición* in Katalonien ein. Die Rückkehr von Tarradellas hatte direkte Auswirkungen auf die katalanische Politik und verhinderte, dass der Wahlerfolg der Sozialisten und des *PSUC* bei den Wahlen von 1977 einen institutionellen Ausdruck erfuhr. Die von Suárez geführten direkten Verhandlungen mit dem zurückgekehrten Exilpräsidenten leiteten eine ‚präsidialistische Phase‘ ein, die die Aktivitäten der gewählten katalanischen Repräsentanten (in der die katalanische Linke mit dem *PSC* und *PSUC* dominierend waren) ins Leere laufen ließ. Tarradellas übernahm als Protagonist die Verhandlungen mit der Suárez-Regierung, den Anspruch, den Autonomieprozess zu lenken, verfolgte er auch nach seiner Rückkehr nach Katalonien im Oktober 1977 weiter. Ein ähnlicher Schachzug glückte im Baskenland, wo die Gespräche mit dem Vorsitzenden der baskischen Exilregierung Jesús María de Leizaola scheiterten, nicht. Dieser überließ die Verhandlungen der Versammlung der gewählten baskischen Abgeordneten und erhielt die Exilregierung symbolisch bis zur Annahme des Autonomiestatuts im Jahr 1979 aufrecht. Der *PNV* sah seine nationalistischen Ambitionen am besten darin gewahrt, die Exilregierung als historisch legitimierte Form der baskischen Autonomie aufrecht zu erhalten, was auch in der Skepsis gegenüber Regelungen der Prä-Autonomie und des Verfassungsprozesses an sich begründet lag (vgl. Segura 2009: 81).

Ende der 1970er fand zudem eine Legalisierung der politischen Parteien, die sich teilweise schon unter dem Frankismus herausgebildet hatten, statt. Neben den schon seit Beginn der frankistischen Diktatur existierenden Parteien des kommunistischen *PSUC*, der linksrepublikanisch-nationalistischen *ERC* und der katholischen *Unió Democràtica de Catalunya* (UDC) haben sich der aus verschiedenen sozialistischen Strömungen hervorgegangene *Partit Socialista de Catalunya* (PSC) sowie die Partei des von Pujol angeführten katholischen Zentrums *Convergència Democràtica de Catalunya* (CDC) gegründet. Die *CDC* hat 1978 mit der *UDC* für die anlässlich der anstehenden Wahlen zum katalanischen Parlament eine gemeinsame Bündnisliste unter dem Namen *Convergència i Unió* (CiU) gebildet. Seitdem sind die beiden Parteien des konservativ-bürgerlichen Katalanismus, deren Zusammenarbeit seit 2001 die Form einer offiziellen Föderation angenommen hat, stets gemeinsam zu den Wahlen angetreten.

Im Baskenland haben sich neben dem weiter existierenden *PNV* im ideologischen Spektrum des Linksnationalismus, das sich als „*ezkerra abertzale*“ (baskisch) oder „*izquierda abertzale*“ (spanisch) („vaterländische Linke“ oder „abertzale Linke“) bezeichnet, alternative Parteien des Nationalismus gegründet. Zur Koordinie-

rung der unterschiedlichen linksabertzalen Teilbereichsorganisationen, Parteien und Gewerkschaften, hat sich 1976 die Plattform *Koodinadora Abertzale Sozialista* (KAS) herausgebildet, die die beiden Flügel der *ETA*⁷ sowie unterschiedliche Parteien und die Gewerkschaft *Langileen Abertzaleen Batzordeak* (LAB) umfasste. Die KAS artikuliert ein mit den Zielen der *ETA* abgestimmtes Programm, deren Kernforderungen eine umfassende Amnestie, die Legalisierung aller Parteien, die Auflösung der spanischen Sicherheitsorgane im Baskenland, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse sowie die Anerkennung der nationalen Souveränität des baskischen Volkes und dessen Recht auf Eigenstaatlichkeit waren (vgl. Segura 2009: 92). Die *ETA-pm* gründete 1976 mit der *Euskal Iraultzarako Alderdia* (EIA) ihren parteiförmig organisierten politischen Flügel, um zu den Wahlen 1977 anzutreten. Die *ETA-pm* distanzierte sich damit vom Block der KAS, die für einen Wahlboykott eintrat. Die EIA wurde 1977 unter dem Namen *Euskadiko Ezkerra* (EE) als Partei mit prononciert linkssozialistischem Profil neu gegründet. Das politische Umfeld der *ETA-m* legte nach dem Scheitern ihrer Wahlboykottkampagne (es nahmen an den Wahlen 1977 immerhin knapp 77 % des Zensus teil) mit der Gründung der Strömungspartei *Herri Batasuna* (HB) nach, die sich als übergreifende Bündnisorganisation kleinerer radikalnationalistischer Parteien aus dem breiten sozialen Unterstützermilieu der *ETA-m* konstituiert (vgl. ebd.: 79). Die HB hat sich im Folgenden zur wichtigsten Partei der abertzalen Linken entwickelt, sie trat 1979 bei den ersten baskischen Parlamentswahlen zur Wahl an.

Die Stärke der peripheren Nationalbewegungen und ihre vehement artikulierten Forderungen nach umfassenden Selbstbestimmungsrechten und nach der Anerkennung der spezifischen Differenzierungsmerkmale in den Bereichen der Sprache, Geschichte, des Rechts und der Kultur resultierte in einem Verfassungskompromiss und einem neuen System der territorialen Strukturierung. Die spanische Verfassung kann als ein „Symbol der Bemühungen, unter demokratischen Vorzeichen eine Antwort auf das vertrackte Nebeneinander nationaler Fragen zu formulieren“ (Kraus 2007: 161), gedeutet werden.

Auf die Aushandlung der neuen Verfassung versuchten unterschiedliche Gruppen Einfluss zu nehmen. Die postfrankistischen Eliten, die die politischen Prärogative der Zentralregierung verteidigen wollten, das Militär, das die Warnung aussprach, keinerlei Gefährdung der Einheit Spaniens zu dulden, die föderalistisch ausgerichteten Sozialisten (PSOE) und Kommunisten (PCE) sowie die katalanischen und baskischen Nationalbewegungen, die verschiedene Vorstellungen eines

7 Die *ETA* hatte sich aus unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der politischen Strategie im künftigen demokratischen Spanien in zwei Flügel gespalten, in die *ETA militar* (*ETA-m*), die die Kontinuität des bewaffneten Kampfes einforderte und in die *ETA politico-militar* (*ETA-pm*), für die das Engagement in politischen und sozialen Kämpfen und die Gründung einer Partei höchste Priorität hatte.

multinationalen Vielvölkerstaats artikulierten. Der Verfassungskompromiss in der nationalen Frage und die in dieser Frage enthaltenen Spannungen drückten sich in der ambivalenten Formulierung des Artikels zwei der Verfassung aus. Dort wird zum einen die „Einheit der spanischen Nation“ als „gemeinsame und unteilbare Heimat“ aller Spanier behauptet und zugleich das „Recht der Nationalitäten und Regionen auf Autonomie“ erwähnt. Zum ersten Mal in der spanischen Verfassungsgeschichte wurden die ‚nationalen Spezifika und Differenzen‘ Galiciens, Kataloniens und des Baskenlandes auf Verfassungsebene anerkannt und durch die eigene Kategorie der „nacionalidades“ („Nationalitäten“) anerkannt. Die Verfassung eines Staates der Autonomien kann als ‚duales Staatsmodell‘ bezeichnet werden, das zentralistische Aspekte mit autonomistischen verband und dabei drei unterschiedlichen ‚Realitäten‘ gerecht werden wollte: der nationalen Realität Spaniens, der Sonderstellung der ‚Nationalitäten‘ oder ‚historischen Regionen‘ Katalonien, Baskenland und Galicien sowie den ‚Regionen‘. Der Verfassungstext war, was die konkrete Ausgestaltung der Regionalisierung betrifft, recht offen. Die Ambiguität der verfassungsmäßigen Autonomiebestimmungen sollte die Herausbildung der Autonomiestatute kompliziert und zu einem dauerhaft umstrittenen Thema machen.

Der *PNV* war mit dem Ergebnis des ausgehandelten Verfassungstextes nicht zufrieden, da er seine Kernforderungen nach der Anerkennung der Souveränität des baskischen Volkes und der territorialen Einheit der drei baskischen Territorien mit Navarra nicht durchsetzen konnte. Dementsprechend empfahl der *PNV* bei der am 6.12.1978 abgehaltenen Volksabstimmung über die Verfassung die Stimmenthaltung (vgl. Díez Medrano 1999: 183). Die Äußerungen führender Politiker des *PNV* zu dieser Zeit machen deutlich, dass es ein grundlegendes Problem für die Partei darstellte, einer Verfassung zuzustimmen, die ein anderes Subjekt der politischen Souveränität als das baskische Volk zur Grundlage hatte (vgl. Segura 2009: 82). Obwohl der *PNV* die Verfassung ablehnte, zeigte er zugleich Bereitschaft, bei der Aushandlung des baskischen Autonomiestatuts mitzuwirken. Das Spektrum des radikalen Nationalismus, in dem seit Ende der 70er Jahre mehrere Parteien entstanden waren, rief geschlossen zur Ablehnung der neuen spanischen Verfassung auf. Aus der Perspektive des Katalanismus, dessen Parteien die Etablierung einer multinationalen Föderation angestrebt hatten, war das Ergebnis des Verfassungspaktes ebenso wenig optimal. Dennoch war in Katalonien die Bereitschaft der bei den Wahlen 1977 gewählten katalanischen Repräsentanten groß, die Verfassungspakte zu unterstützen. Außer Heribert Barrera (ERC), der sich bei der Abstimmung über die Verfassung im Parlament enthielt, da er das Recht Kataloniens auf Selbstbestimmung nicht respektiert sah, stimmten sowohl die beiden Linksparteien *PSC* und der *PSUC* wie auch die moderat-konservativen Nationalisten der *Convergència i Unió* (CiU) für die Verfassungspakte (vgl. Kraus 2007: 165).

Das Referendum über die neue spanische Verfassung hatte in Katalonien die große Zustimmung der Bevölkerung zum Ergebnis. 90 % der katalanischen Bürger

sprachen sich bei einer Wahlbeteiligung von 70 % für die neue Verfassung aus. Im Baskenland, wo der *PNV* zu Stimmenthaltung und der radikale Linksnationalismus zur Ablehnung aufgerufen hatte, wurde die Verfassung von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt: lediglich 30,8 Prozent des Zensus stimmte für die Verfassung (bei einer Enthaltung von 55,3 % und 10,5 % Negativstimmen). Während die Verfassung sowohl von einem Großteil der spanischen als auch der katalanischen Bevölkerung angenommen wurde, kam es im Baskenland zu einer deutlichen Ablehnung. In den baskischen Gebieten wurde die Verfassung nur von 27,8 % (Gipuzkoa), 30,9 % (Bizkaia), 42,3 % (Araba) und 50,4 % (Navarra) der Bevölkerung ganz knapp angenommen (vgl. Kasper 2008: 186 f.). Lag die Wahlenthaltung in Gesamtspanien bei 33 %, war sie im Baskenland bei 55 % Prozent. Auch wenn in der Regel zur Beurteilung von Referenden die abgegebenen positiven Stimmen hinzugezogen wurden, kann gesagt werden, dass die spanische Verfassung durch die baskische Bevölkerung nicht angenommen wurde (vgl. Segura 2009: 83).

Die Aushandlung des Autonomiestatuts stellte sich in Katalonien ebenfalls wesentlich unkomplizierter dar als im Baskenland. In Katalonien hat der Exil-Präsidenten Tarradellas als der von der Suárez-Regierung bevorzugte Verhandlungspartner den Prozess der Aushandlung bestimmt. Im Juni 1978 wurde von der Versammlung der gewählten katalanischen Volksvertreter im nordkatalanischen Sau (Frankreich) ein erster Entwurf des Autonomiestatuts vorgestellt, der bei den Verhandlungen in den Madrider *Cortes* empfindlichen Änderungen unterlag, was seitens des radikal-nationalistischen Spektrums scharf kritisiert wurde. Die *ERC* mobilisierte dennoch für das Statut, das sie als ersten Schritt in der Restituierung der verloren gegangenen Rechte Kataloniens bewarb. Der überarbeitete Text des Statuts wurde der katalanischen Bevölkerung am 25. Oktober 1979 zum Volksentscheid vorgelegt. 88,51 % votierten bei einer Wahlenthaltung von 39,55 % für die Annahme des Autonomiestatuts.

Im Baskenland stand die Aushandlung des Autonomiestatuts unter dem Zeichen der Gewaltkampagne der *ETA*, die jeglichen Fortschritt in der Autonomiefrage sabotieren wollte. Diese Zeit, die unter der Bezeichnung „años de plomo“ („Jahre des Bleis“; vgl. Segura 2009) in die Geschichtsschreibung eingegangen ist, war durch ein hohes Ausmaß an Gewalt und Gegengewalt gekennzeichnet, sowohl auf den Straßen durch die Anschläge der *ETA* als auch durch Gegenanschläge rechtsextremer Gruppierungen und die Repressionen der spanischen Ordnungskräfte. Die Gewaltkampagnen der *ETA-m* verfolgten das Ziel, den Autonomieprozess zu sabotieren und direkte Verhandlungen mit der Regierung über den Forderungskatalog der *Alternativa KAS* zu erzwingen. Der *PNV* hingegen engagierte sich sehr in der Ausarbeitung des baskischen Autonomiestatuts. Die Ausarbeitung wurde schon Ende 1977 von einem Gremium gewählter baskischer Parlamentarier aufgenommen, dessen Zusammensetzung den Proportionen der Wahlergebnisse von 1977 entsprach. Der *PNV* verfolgte das Ziel, ein mit der Verfassung kompatibles Autonomiestatut in

Zusammenarbeit mit den kompromissbereiten Parteien des sozialistischen *PSE* und der *EE* auszuhandeln (vgl. ebd.: 85). Im Verlauf eines zähen Ringens mit der spanischen Regierung wurde über verschiedene Entwürfe und Vorprojekte verhandelt⁸. Ein von der Versammlung der baskischen Parlamentarier Ende Dezember 1978 in Gernika angenommener Statut-Entwurf wurde den *Cortes* vorgelegt. Nach der vorzeitigen Auflösung der *Cortes* durch Suárez verschob sich der Autonomieprozess nochmals. Der aus den Wahlen gestärkt hervorgegangene *PNV* (*PNV* ging mit 27,63 % als stärkste Kraft hervor, die radikal-nationalistische *HB* konnte mit 14 % einen Erfolg verbuchen, die *EE* erhielt 8 %) sah sich dazu beauftragt, möglichst schnell das Projekt der Aushandlung des Autonomiestatuts aufzunehmen. In informellen und geheimen Verhandlungsgesprächen zwischen dem *PNV*-Vorsitzenden Carlos Garaikoetxea und dem Ministerpräsidenten Suárez wurde nun ein Autonomiestatut beschlossen, das großenteils den Vorschlägen des *PNV* entsprach (vgl. ebd.: 89 f.).

Am 25.10.1979 wurde auch das „Statut von Gernika“ der baskischen Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Der *PNV* bewarb das Statut im Vorfeld als einen ‚Pakt zwischen zwei Völkern‘ und erlegte sich seitdem die Verpflichtung zu konstruktiver Zusammenarbeit mit Madrid, bei gleichzeitiger expliziter Kritik separatistischer Bestrebungen, auf (vgl. Helmerich 2002: 328). Die *EE* unterstützte das Autonomiestatut ebenfalls. Sie sah in ihm einen zu befürwortenden Demokratisierungsprozess des spanischen Staates und betonte den Sozialismus als das Endziel des durch das Statut eingeleiteten politischen Prozesses. Die *HB* kritisierte sowohl den Inhalt wie auch die Autoren des Statuts. Sie lehnte das Statut ab, weil es in ihren Augen keine substantielle Errungenschaft in der nationalen Emanzipation darstellte. Beim Referendum beteiligten sich im Baskenland knapp 60 % des Zensus, von denen 90,28 % für das Autonomiestatut stimmten. Das Statut von Gernika bildete die Grundlage für die Institutionalisierung der *Comunidad Autónoma del País Vasco* (CAPV) und ermöglichte *Euskadi* eine Autonomie mit umfangreichen Kompetenzen (vgl. Díez Medrano 1999: 183).

Im März 1980 fanden die konstituierenden Wahlen für das baskische und katalanische Regionalparlament statt. In Katalonien wurde die von Pujol angeführte moderat-nationalistische und bürgerliche *CiU* – dank einer unterstützenden Öffentlichkeitskampagne der katalanischen Wirtschaftseliten und des Unternehmerverbandes *Foment de Treball*, die Ängste vor sämtlichen „marxistische Optionen“ in Katalonien schürte (vgl. Dowling 2005: 107) – mit 27,7 % die stärkste politische Kraft. Während die *CiU* von dieser Kampagne profitierte, blieben die mit einem radikalen, marxistisch begründeten Programm angetretenen Sozialisten (*PSC*) und Kommunisten (*PSUC*) weit hinter den Erwartungen zurück. Der *PSC* kam auf le-

8 Über die Ausarbeitung des baskischen Autonomieprojekts: vgl. Helmerich 2002: 299–318.

diglich 22,3 %, der *PSUC* immerhin auf 18,7 %. Die *ERC* musste sich mit 8,9 % begnügen, die *UCD* des spanischen Regierungspräsidenten Suárez kam auf 10,5 % der Stimmen. Die Wahlen ergaben eine deutliche Mehrheit der katalanistischen Parteien, die unter Einschluss der Sozialisten des *PSC* bei ca. 78 % lagen. Pujol wurde zum neuen *president* der neuen *Generalitat* gewählt. Es begann die bis 2003 dauernde „Ära Pujol“ (vgl. Kraus 2007: 175 ff.), in der Pujol (CiU) als katalanischer *president* die Etappe der „pujolistischen Hegemonie innerhalb des katalanischen Nationalismus“ prägte (Caminal 1998: 123).

Im Baskenland ging der *PNV* mit 38,1 % als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Die erstarkte *HB* wurde zweitstärkste Kraft (16,55 %), der *PSE* erhielt 14,21 %, die *EE* (9,82 %) und die *UCD* (8,52 %), während die post-frankistische Rechte der *Alianza Popular* (AP) (4,77 %) sowie der baskische Ableger des *PCE* (4,02 %) schwach blieben. Da sich die *HB* weigerte, die gewonnenen Mandate im von ihm verachteten ‚Parlament der Reform‘ wahrzunehmen, verfügte der *PNV* mit seinen 25 Abgeordneten über eine effektive Mehrheit im baskischen Parlament. Am 9. April 1980 wurde Carlos Garaikoetxea vom baskischen Parlament zum ersten *lehendakari*, d.h. zum Präsidenten der neuen baskischen Autonomieregierung gewählt. In seiner ersten öffentlichen Rede erwähnte er die „möglichst weit reichende Interpretation des baskischen Autonomiestatus“ als seine künftige Hauptaufgabe (vgl. Helmerich 2002: 338). Der *PNV*, der auch die Kommunalwahlen im Vorjahr gewonnen hatte, konnte nun als dominante Kraft damit beginnen, die Autonomiebestimmungen umzusetzen und das regionale System der baskischen Selbstverwaltung nach seinen Vorstellungen auszugestalten.

Mit den Autonomiestatuten für das Baskenland und Katalonien und der Konstituierung der entsprechenden Autonomen Gemeinschaften waren wichtige erste Schritte in der Ausgestaltung des spanischen Staats der Autonomen getan. Der in der Verfassung noch vage gebliebene Dezentralisierungsprozess nahm mit der Umsetzung der hart umkämpften baskischen und katalanischen Autonomiestatute konkrete Gestalt an. Die Entwicklung des Staats der Autonomen war und ist ein widersprüchlicher und stets umkämpfter Prozess. Vor allem die beiden Regionen des Baskenlandes und Kataloniens haben unter der Führung der nationalistischen Regierungen immer wieder versucht, dem politischen Zentrum Madrid so viele Sonderrechte wie möglich abzurufen. Teilweise kam es auch zu langwierigen verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen den Regionalregierungen und dem spanischen Verfassungsgericht.

Einen Wendepunkt in der Entwicklung des spanischen Autonomiestaates markierte der Putschversuch des Militärkommandeurs Antonio Tejero am 23. Februar 1981, der gegen die Regierung und die eingeleiteten Staatsreformen vorgehen wollte. Der Putsch schlug fehl, jedoch hatte er eine vorsichtige Drosselung des eingeleiteten Reform- und Dezentralisierungsprozesses durch die verschreckten reformwilligen politischen Eliten zur Folge. Die erste Reaktion des spanischen Königs am

Folgetag des Putsches bestand darin, alle Vertreter der politischen Parteien außer den katalanischen und baskischen Nationalisten einzuberufen. Er hielt eine später berühmt gewordene Rede, in der er zur größeren Einheit Spaniens und aller Spanier aufrief. Die Nationalisten interpretierten diese Intervention als Angriff auf den eingeleiteten Autonomieprozess. Der *PSOE* und die *UCD* arbeiteten zugleich ein einheitliches Gesetz aus, das die Möglichkeiten des Autonomieprozesses einschränkte. Die *Ley Orgánica de Armonización del Proceso Autonómico* (LOAPA), die eine Vereinheitlichung des Autonomieprozesses und somit eine Koppelung der relativ weitgehenden Autonomierechte der historischen Regionen (vgl. Aja 2007) an diejenigen der anderen AG vorsah, wurde Ende Juli 1982 im Kongress beschlossen. Gegen diese Rezentralisierungstendenzen hatte sich ein Anti-LOAPA-Bündnis aus dem *PNV*, der *EE*, der *CiU*, dem *PCE* und des *PSUC* herausgebildet, das im Baskenland und in Katalonien große Demonstrationen durchführen konnte. Die Mobilisierungen gegen das als Rückschritt im Autonomieprozess kritisierte Gesetzesvorhaben blieben wie die im Kongress von den Gegnern eingebrachten Verbesserungsvorschläge wirkungslos. Allerdings wurde den von der *CiU* und vom *PNV* beim spanischen Verfassungsgericht, dem *Tribunal Constitucional* (TC), eingereichten Klagen ein Jahr später teilweise Recht gegeben. 14 der insgesamt 38 Gesetzesartikel wurden für verfassungswidrig erklärt.

Das wechselseitige Misstrauen zwischen den peripheren Nationalbewegungen und der *PSOE*-Regierung in Madrid bestimmte in den darauf folgenden Jahren die politische Stimmung (vgl. Segura 2009: 96 f.). Auch zur Regierungszeit des rechtskonservativen *Partido Popular* (PP), mit José María Aznar als spanischem Regierungspräsident (1996-2004), gestaltete sich das Verhältnis zu den ‚historischen Regionen‘ schwierig. Dennoch kam es immer wieder zu Einzelabsprachen und Pakten zwischen dem *PNV* bzw. der *CiU* und der Zentralregierung. Beide Parteien fungierten zeitweise auch als Mehrheitsbeschaffer der jeweiligen regierenden großen Volksparteien in Madrid (PP oder *PSOE*). Die als „pactisme“ bezeichnete Disposition des konservativen Katalanismus, mit dem politischen Zentrum in Madrid durch Absprachen und Deals katalanische Sonderrechte auszuhandeln, war deutlicher ausgeprägt und wesentlich effektiver als im baskischen Fall, wo oftmals eine starke Skepsis gegenüber der ‚spanischen Regierung‘ vorherrschte.

Nach den Wahlerfolgen der moderat-bürgerlichen Mehrheitsflügel der baskischen und katalanischen Nationalbewegungen konnte sich in beiden Regionen eine langjährige Vorherrschaft des gemäßigten Flügels des Nationalismus etablieren. Der *PNV* konnte sich von 1980 bis 2009 stets als stärkste Kraft des Baskenlandes etablieren und die baskische Regionalregierung stellen. Der moderate, konservative Flügel der katalanischen Nationalbewegung, die *CiU*, konnte ebenso wie der *PNV* seit dem Wahlsieg bei den ersten katalanischen Parlamentswahlen eine langjährige politische Vorherrschaft etablieren und die katalanische *Generalitat* bis zu den Wahlen im Jahre 2003 anführen. Die Hegemonie der moderaten Flügel der beiden

Nationalbewegungen wirkte sich auf die regionalen, politischen Systeme des Baskenlandes und Kataloniens, die sich seit Beginn der 1980er Jahre entwickelt haben, aus. Der regionale Nationalismus konnte sich institutionalisieren und die Maßstäbe des politischen Systems festlegen sowie die spezifische politische Kultur durch teils ausgeprägte Politiken des *nation building* prägen. Der Förderung der regionalen Sprachen, die in den Autonomiestatuten jeweils als die ‚eigenen Sprachen‘ der historischen Regionen definiert wurden, durch umfangreiche sprachpolitische Maßnahmen kam dabei höchste Priorität zu. Unter der politischen Dominanz der *CiU* und des *PNV* ist es immer wieder zu Verhandlungen und Absprachen mit den verschiedenen spanischen Zentralregierungen gekommen – nicht zuletzt fungierten die beiden Parteien teils auch als Kooperationspartner und Mehrheitsbeschaffer in Madrid.

Die *CiU* prägte seit den ersten Wahlen eine Politik der katalanischen Selbstbehauptung, die durch die Führungsfigur Pujols geprägt wurde. Dieser hatte schon während des Frankismus eine neue, modernisierte Version des konservativen Katalanismus vertreten, in der er sich mit der Einwanderung und der spanischen Binnenmigration nach Katalonien auseinander gesetzt hat. Angesichts dessen konzipierte er eine Aktualisierung des katalanischen politischen Denkens, die die Integration der Einwanderungsbevölkerung zum zentralen Ziel des Projekts der Selbstbehauptung der katalanischen Kultur und Sprache machte (vgl. Kapitel 4.1). Er revidierte überkommene Ansichten des konservativen Katalanismus und formulierte einen nicht-separatistischen, bürgerlichen Regionalismus, für den der Bezug auf die nationalen Differenzen und die wirtschaftliche Dynamik Kataloniens höchste Priorität beigemessen wurden. Die *CiU* konnte sich als Regierungspartei behaupten und bei den folgenden Wahlen deutlich stabilisieren. Erhielt sie 1980 noch 27,68 % der Stimmen, konnte sie im Laufe der 80er Jahre und in den darauf folgenden katalanischen Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil deutlich steigern. Sie erhielt teilweise über 45 % der Stimmen (1984: 46,80 %, 1988: 45,72 %, 1992: 46,19 %, 1995: 40,95 %, 1999: 37,70 %). Dank seines moderaten Führungsstils konnte der konservative Katalanismus der *CiU* an der Spitze nach 1980 seine Hegemonie entfalten, ohne nennenswerte Gegenkräfte zu mobilisieren (vgl. Kraus 2007: 205).

Die politische Hegemonie des Pujolismus hat auf das politische Feld Kataloniens ausgestrahlt und viele politische Parteien dazu bewegt, zumindest grundsätzliche Bestandteile der katalanistischen Ideologie und Programmatik (wie z.B. die Förderung der katalanischen Sprache) zu übernehmen. Die erste Oppositionspartei, der *PSC*, der potenziell eine ernsthafte politische Alternative und Herausforderung des pujolistischen Projektes darstellen konnte, hatte seine politische Stärke vor allem in Barcelona und in den Vorstädten des ‚roten Gürtels‘. Die barceloneser Stadtregierung war seit den ersten Wahlen unter der politischen Kontrolle des *PSC*. Unter der Führung der charismatischen *PSC*-Führungsfigur Pasqual Maragall, der von 1982 bis 1997 Bürgermeister der Stadt war, wurde die Strategie verfolgt, Barcelona

zu einer renommierten und schillernden europäischen Metropole zu transformieren, was nicht zuletzt im Rahmen der Olympischen Spiele 1992 auch gelingen sollte. Unter Maragall wurde Barcelona zu einer Bastion der katalanischen Sozialisten und zum Referenzpunkt für das sozialistische, gegen-hegemoniale Projekt eines anderen Kataloniens (vgl. Kapitel 4.4). Maragall wurde nach einem ersten gescheiterten Anlauf bei den Wahlen 1999 im Jahr 2003 dann katalanischer *president*. Der *PSC* wurde die stärkste Partei und Maragall vom katalanischen Parlament zum ersten sozialistischen *president* gewählt. Er bildete eine Dreiparteienkoalition mit den linken Parteien der *ICV* und der *ERC*. Unter der Führung des *PSC* hat das so genannte ‚linkskatalanistische *tripartit*‘ eine selbstbewusste Politik der Behauptung Kataloniens geprägt, die nach langwierigen Verhandlungen und Streitigkeiten innerhalb des *tripartits* über die Reichweite der nationalistischen Forderungen⁹, in der Reform und Ausweitung des katalanischen Autonomiestatuts resultierte. In Maragalls Vision sollte Katalonien als Bestandteil eines pluralen Spaniens, das über staatliche Selbstregierungskompetenzen verfügt, anerkannt werden und zudem auch auf europäischer Ebene eine effektive Präsenz in den Institutionen genießen (Maragall, zit.n. Peregrín Gutiérrez 2004: 58).

Der Erfolg des *PSC* wurde dadurch ermöglicht, dass er das ideologische Feld des Katalanismus betrat und versuchte, auf dieser Basis eine neue politische Alternative zur Hegemonie des Pujolismus zu formulieren. Schon seine erste Kandidatur im Jahre 1999 wurde unterstützt von der eigens dazu gegründeten Bürgervereinigung *Ciutadans pel Canvi* („Bürger für den Wechsel“), deren Ziele die Stärkung der Demokratie, der Kampf gegen soziale Exklusion und das Vorantreiben der katalanischen Selbstregierung waren. Mit einem politischen Programm, das katalanistische Programmpunkte integrierte, setzte Maragall sich für die Vertiefung der nationalen Selbstbestimmungsrechte Kataloniens im Rahmen eines asymmetrischen spanischen Föderalismus ein. Der Wahlsieg Maragalls ist somit weniger als die Abwahl des Katalanismus zu interpretieren als vielmehr sein Sieg im neuen Gewand, was das Ausmaß der Katalanisierung der politischen Landschaft Kataloniens erkennen lässt:

„It would therefore be erroneous to see the relative decline of the CiU since the mid-1990s as an indication that Catalan nationalist sentiment has peaked. Maragall and the PSC had two possibilities to defeat CiU: mobilisation or Catalanisation. The fact that Maragall chose the latter is a confirmation of how much CiU has transformed the terrain of Catalanism in the past 20 years.“ (Dowling 2005: 115 f.)

9 Die *ERC* verließ 2006 die Koalition, da ihr der Entwurf des Autonomiestatus nicht weit genug ging.

Auch die post-kommunistische Partei des *PSUC*, die sich 1987 in der ökosozialistischen Formation *Iniciativa per Catalunya - Verds* („Initiative für Katalonien – Grüne“; ICV) eine neue Organisation gegeben hat, steht für die positive Bezugnahme auf die katalanische Identität und die Forderung nach dem Ausbau der katalanischen Selbstregierung. Die *ERC*, die bei den Wahlen 1980 lediglich als fünftstärkste Partei hervorgegangen ist (sie landete hinter der *CiU*, den beiden Linksparteien des *PSC* und des *PSUC* sowie der Mitte-Rechtskoalition der *Centristes de Catalunya-UCD*), hatte die Wahl Pujols zum *president* durch ihre Abgeordneten unterstützt. Die *ERC* büßte zunächst in den ersten Jahren der pujolistischen Hegemonie an politischem Einfluss ein (1984: 4,41 %; 1988: 4,14 %; 1992: 7,96 %), konnte sich jedoch Mitte der 90er Jahre deutlich stabilisieren, um in der ersten Hälfte der 2010er Jahre deutlich zuzulegen (1995: 9,49 %; 1999: 8,67 %; 2003: 16,44 %; 2006: 14,03 %; 2010: 7,00 %). Die *ERC* hat unter der Demokratie viele programmatische Veränderungen durchlaufen und sich schließlich in den letzten Jahren als gemäßigt linke, dezidiert nationalistische Kraft im katalanischen Parteiensystem etabliert. Sie vertritt die radikalsten Positionen des parteipolitisch organisierten katalanischen Nationalismus und zielt auf die Schaffung eines unabhängigen katalanischen Staates der *Països Catalans* ab, der nicht nur das heutige Gebiet der *AG Catalunya*, sondern auch Teile von Südfrankreich, Valencia und die balearischen Inseln umfassen soll.

Angesichts der breiten Akzeptanz eines gemeinsamen Grundkonsenses des Katalanismus, der in der Anerkennung der katalanischen Differenz und der Bejahung von Schutzmaßnahmen zu Gunsten der katalanischen Sprache und Kultur sowie dem Willen der Erweiterung der katalanischen Selbstregierungsfähigkeiten besteht, ist zu konstatieren, dass sich der Katalanismus zu einem spektrenübergreifenden Phänomen des politischen Feldes Kataloniens entwickelt hat. Selbst der katalanische Flügel des spanischen, nationalkonservativen *PP* hat seit den 1990er Jahren versucht, einen positiven, meist symbolischen, Bezug zum Katalanismus herzustellen, indem er auf historische Figuren des katalanischen Regionalismus konservativer Tradition rekurrierte (vgl. Caminal 1998: 139 ff.). Die Transversalität des katalanistischen Grundkonsenses hat Kommentatoren dazu gebracht, den Begriff des Katalanismus wegen seiner Vieldeutigkeit zurückzuweisen (vgl. Caminal 2002: 156). In der folgenden Untersuchung werden auch die gemäßigteren Varianten des Katalanismus, wie sie die katalanischen Linksparteien des *PSC* und des *PSUC* darstellen, zur katalanischen Nationalbewegung hinzugezählt, weil auch sie katalanistische Ideologeme übernommen haben und, wenn auch nur in einem eingegrenzten Rahmen, auch eine nationalpolitische Programmatik vertreten. Nicht zuletzt haben sie mit der linksindependentistischen *ERC* eine gemeinsame Regierungskoalition gebildet, die mit einem ‚linkskatalanischen‘ Anspruch die Reform und erhebliche Ausweitung des Autonomiestatuts vorangetrieben hat.

Im baskischen Fall fällt die Einordnung des politischen Feldes nach dem nationalpolitischen Profil leichter. Hier liegt eine klare Trennung der politischen Lager entlang der nationalen Frage vor. Seit der Etablierung des baskischen Nationalismus als politischem Faktor und des *PNV* als seiner ersten Partei hat sich in der baskischen Politik eine eigentümliche dreipolige Strukturierung des politischen Feldes entwickelt (vgl. Heiberg 1989: 78ff.). Der baskische Nationalismus sah sich von Beginn an dem liberal-konservativen Milieu der Rechten gegenübergestellt wie auch der sich im Zuge der Industrialisierung erstarkenden sozialistischen Arbeiterbewegung (repräsentiert in dem sozialistischen *PSOE* und dessen Gewerkschaftsflügel der *UGT*). Beide Opponenten des baskischen Nationalismus waren auf Madrid konzentriert und verstanden sich als die baskischen Vertreter der politischen Rechten bzw. Linken Spaniens. Diese Dreiteilung bezeichnet bis heute die grundlegende politisch-ideologische Fraktionierung der politischen Landschaft des Baskenlandes. Auf der Seite der spanischorientierten Rechten steht der baskische Flügel des *PP*, der sich im Baskenland als Repräsentant der Opfer des *ETA*-Terrorismus und der spanischen Verfassung versteht, auf dem linken spanischorientierten Flügel steht der *PSE*, der zwar partiell mit dem *PNV* zusammengearbeitet hatte, aber immer auf deutliche Distanz zu den expliziten nationalpolitischen Forderungen der baskischen Nationalbewegung ging.

Das baskisch-nationalistische Lager hat sich mit der Institutionalisierung des Autonomiestatuts und eines spezifisch regionalen politischen Systems ausdifferenziert. Der *PNV* hat seit 1980 und bis zum Wahlsieg der baskischen Sozialisten (*PSE*) (2009) die Regierung und den *lehendakari* gestellt. Sie hat die Ausgestaltung des baskischen Autonomiestatuts und der Autonomieinstitutionen wesentlich beeinflusst und dabei ihre eigene Symbolik (z.B. Fahne der *ikurriña*) zu derjenigen der baskischen Institutionen gemacht. 1986 hat sich eine dissidente Strömung um den ehemaligen *PNV-lehendakari* Carlos Garaikoetxea vom *PNV* abgespalten, um die sozialdemokratisch orientierte *Eusko Alkartasuna* (*EA*) zu gründen. Die *EA* konnte sich in den folgenden Jahren als Alternative zum bürgerlichen, tendenziell wirtschaftsliberalen *PNV* profilieren und zu einem dauerhaften politischen Faktor in der baskischen Politik entwickeln. Schon kurz nach der Abspaltung und der Etablierungsphase hat die *EA* wieder die Nähe zum *PNV* gesucht und ist zu dessen regelmäßigem Regierungspartner geworden. Mit der Entstehung des ‚neuen‘ baskischen Nationalismus durch die *ETA* und der Etablierung des Linksnationalismus ist eine weitere starke Strömung innerhalb der baskischen Nationalbewegung entstanden, die sich, nicht zuletzt wegen der umstrittenen Gewaltkampagne der *ETA*, immer wieder neu ausdifferenziert und sich neue Organisationen gegeben hat. Die erste bedeutende Abspaltung vom *hardliner*-Flügel des *KAS*-Blocks war die *ETA-pm*, die auf die Gründung einer eigenen Partei setzte und schon bald den bewaffneten Kampf (1982) einstellte. Aus den so genannten *poli-milis* war schon vor deren Auflösung die *EE* hervorgegangen, die als linke, nationalistische Partei den Autono-

mieprozess befürwortete. Die *EE* pflegte einen engen Kontakt mit den zahlreichen linksradikalen Parteien, die in den späten 70er Jahren im Baskenland entstanden waren, und fusionierte 1982 mit der Mehrheitsströmung des baskischen Flügels des *PCE*, des *Partido Comunista de Euskadi-Euskadiko Partidu Komunista* (PCE-EPK). Die *EE*, die bei dem Referendum noch gegen die spanische Verfassung mobilisiert hatte, war schon früh dazu entschlossen, an den Wahlen teilzunehmen und den etablierten institutionellen Rahmen als gegebenes zu akzeptieren. Die *EE* repräsentierte eine dissidente Strömung der abertzalen Linken, die die Anpassung an das etablierte System suchte. 1988 veröffentlichte das Exekutivkomitee der Partei anlässlich des zehnjährigen Geburtstags der Spanischen Verfassung eine Lobrede zu Gunsten der Verfassung (vgl. *EE* 1988). Dies löste massive interne Kritik aus und provozierte Parteiaustritte, da viele den legalistischen Weg doch nicht als ein klares Bekenntnis zum politischen System des spanischen Staates verstanden haben wollten. 1988 unterschrieb die *EE* den *Pacto de Ajuria Enea*, der den entschlossenen Kampf für Frieden und gegen Terrorismus sowie die Distanzierung von der *HB* vorsah. 1993 beschloss die Partei die Auflösung und gleichzeitige Integration in den sozialistischen *PSE*, der nun den Fusionsnamen *PSE-EE* trägt.

Die *HB* war durch ihren radikalen Nationalismus und ihre Nähe zum politischen Umfeld der *ETA*, vermittelt über die *KAS*, gekennzeichnet. Sie zog, im Gegensatz zur damaligen linksabertzalen Konkurrentin der *EE*, seit ihrer Gründung die verschiedenen radikalen Strömungen des ‚neuen‘ baskischen Nationalismus an. Schon bei den allgemeinen Wahlen im März 1979 konnte die *HB* ihren ersten Wahlerfolg verbuchen und kam mit 15 % der Stimmen auf drei Kongressabgeordnete. Die *HB* erhielt doppelt soviel Stimmen wie *EE*, was ungefähr auch das Verhältnis der Unterstützung der *ETA-m* im Vergleich zur *ETA-pm* widerspiegelt (vgl. Segura 2009: 86). Schon bald galt die *HB* als die Repräsentantin der nationalen baskischen Befreiungsbewegung, des so genannten *Movimiento de Liberación Nacional Vasco* (MLNV), das neben einer Gewerkschaft (LAB) und Jugendorganisationen im Laufe der 1980er Jahre zudem unterschiedliche Teilbereichsorganisationen herausbildete (Umwelt- bzw. Anti-Atom-Organisationen, Feministische Kollektive, Kultur- und Sprachvereinigungen, Gefangenenorganisationen). Sie verfolgte das politische Fernziel eines unabhängigen und sozialistischen Baskenlandes und lehnte es stets ab, Attentate der *ETA* zu verurteilen. Die enge Koordinierung der politischen Ziele der verschiedenen Organisationen des MLNV resultierte darin, dass die *HB* als der politische Arm der *ETA* gegolten hat, auch wenn die oftmals behauptete organische Beziehung zwischen militärischem und politischem Flügel niemals stringent nachgewiesen wurde. Spätestens seit dem *Pakt von Ajuria Enea*, den alle ‚demokratischen‘ Parteien des Baskenlandes unterzeichnet hatten, war die *HB* ein von der offiziellen Parteipolitik des Baskenlands isolierter politischer Faktor, der jedoch auf der Straße und in der baskischen Gesellschaft weiterhin sehr präsent war und über eine stark mobilisierbare Anhängerschaft verfügte (vgl. Pérez-Agote

2008). Im Jahr 2000 gründete die *HB* zu ihrer Selbsterneuerung die Wahlplattform *Euskal Herritarrok*, der sich, illusioniert vom damaligen *ETA*-Waffenstillstand, einige Organisationen des linksradikalen und linksnationalistischen politischen Spektrums anschlossen. Kurz darauf wurde ein neuer Parteigründungsprozess eingeleitet, mit dem Ziel, die politische Linie und organisatorische Struktur zu ordnen und neu zu definieren (vgl. Casanova 2007: 450). Das Resultat war die Gründung der *Batasuna*, in deren Gestaltung sich die alte *HB*-Führungsriege durchsetzen konnte. Davon und von der Wiederaufnahme der Gewaltkampagne der *ETA* ohne deren Verurteilung durch die neue Partei enttäuscht, verließen die navarresische Organisation *Batzarre*, die trotzkistische *Zutik* und der Minderheitenflügel von *Aralar*, dessen Vorschläge im Rahmen der Neugründung mehrheitlich abgelehnt worden waren, das ex-*HB*-Umfeld (vgl. Zallo 2001). Während sich die Orthodoxie der alten *HB*-Führung in der neuen *Batasuna* durchsetzen konnte, bildete sich aus dem kritischen Minderheitenflügel eine neue Partei, die *Aralar*, die der Ideologie der abertzalen Linken treu blieb, aber eine klare Distanzierung zur *ETA* vornahm. 2002 wurde ein Verbotsverfahren gegen die *Batasuna* durch die *PP*-Regierung eingeleitet, die belebt vom global auflebenden Diskurs des Anti-Terrorismus mit der Strategie des „todo es ETA“ („Alles gehört zur ETA“) zahlreiche Organisationen des *MLNV*, so auch die *Batasuna*, verbot (vgl. Casanova 2007: 461 ff.; Eser 2010b). Rückwirkend wurden auch die *HB* und *EH* verboten. Nach ersten gelungenen Versuchen, durch Tarnlisten und die Unterwanderung alter unbedeutender Parteien dennoch an den Wahlen teilzunehmen, konnte sich der spanische Staat in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre erfolgreich durchsetzen, so dass aus dem Spektrum des *MLNV* keine Partei mehr zu den Wahlen antreten konnte. Das *Batasuna*-Spektrum war somit von dem Geschäft der parlamentarischen Politik ausgeschlossen, blieb aber dennoch, ohne sich eine nach außen sichtbare Organisationsstruktur zu geben, aktiv und trat öffentlich mit der diffusen Selbstbeschreibung „Izquierda Abertzale“ (IA) auf

Die *Aralar* konnte sich parallel zum Verschwinden der *Batasuna* von der Bildfläche der parlamentarischen Politik als politischer Faktor etablieren. Nach ersten Erfolgen bei den Parlamentswahlen in Navarra und bei den Kommunalwahlen 2003 trat sie 2005 erstmalig bei den Wahlen zum baskischen Parlament an und stellte bei einem Stimmenanteil von 2,33 % einen Parlamentsabgeordneten. 2009 kam sie auf 6,03 % und erhielt vier Parlamentssitze. Dieses gute Ergebnis ist auch der Tatsache zu verdanken, dass die ‚offizielle‘ IA 2009 erstmalig keine Liste stellen konnte, 2005 war sie noch mit der Liste des *Euskal Herrialdeetako Alderdi Komunista/Partido Comunista de las Tierras Vascas* („Kommunistische Partei der baskischen Länder, EHAK-PCTV) angetreten und konnte 12,44 % erreichen.

Die Positionierung gegenüber dem radikalen Linksnationalismus war seit den 1980er Jahren stets ein strukturierender Faktor des baskischen politischen Systems. Seit 1988 bestimmte der schon erwähnte *Pakt von Ajuria Enea*, offiziell als „A-

cuerdo por la normalización y la pacificación de Euskadi“ („Abkommen über die Normalisierung und Befriedung von Euskadi“) bezeichnet (vgl. Segura 2009: 135 ff.), das politische Feld des Baskenlandes. Dort schlossen sich alle ‚demokratischen‘ Parteien zu einem Anti-Terror-Pakt zusammen, der zum Inhalt hatte, die *HB* solange zu isolieren, wie sie nicht den bewaffneten Kampf der *ETA* verurteilte. Im Zuge eines Strategiewechsels innerhalb des moderaten Nationalismus kündigte der *PNV* im Jahre 1997 den Pakt schließlich selbst auf und versuchte in Zusammenarbeit mit der *HB* und dem Spektrum der linken Unabhängigkeitsbewegung eine Lösung des Gewaltproblems und des ‚nationalen Konflikts‘ zu verhandeln (vgl. Santamaría 2002: 39 ff.). Diesem Richtungswechsel war die Annäherung der Gewerkschaften des moderaten und des radikalen Flügels der baskischen Nationalbewegung vorausgegangen. Die gemäßigte *ELA-STV*, die 1911 im politischen Umfeld des *PNV* gegründet wurde, hat seit Mitte der 90er Jahre enge und kooperative Beziehungen zu der radikal und kämpferischen Klassengewerkschaft *LAB* unterhalten¹⁰. Beide traten seit der Annäherung als nationalistischer Block der organisierten baskischen Arbeiterbewegung auf, der die Mehrheit der baskischen Arbeiter repräsentiert. Diese Neuausrichtung des *PNV* entfaltete schließlich eine Sogwirkung auf die national-baskisch ausgerichteten Parteien und endet im „Pakt von Lizarra“, der die jüngste Polarisierung in der baskischen Politik in ein nationalistisches und ein nicht-nationalistisches Lager einleitete. In diesem Pakt, den sämtliche nationalistischen Kräfte des Baskenlandes sowie der baskische Ableger der Linkspartei *Izquierda Unida* (IU), *Ezker Batua* (EB-IU), unterschrieben, wird ein ‚nationales Bündnis‘ beschlossen, um eine Verhandlungslösung der Gewaltfrage und der nationalen Frage voranzutreiben. In dem Pakt wurde zudem der politische Wille ausgedrückt, effektive Strategien zur Schaffung einer einheitlichen und souveränen baskischen Institution zu entwickeln, die die sieben baskischen Gebiete vereint. Es wurde des Weiteren gefordert, dass zwischen dem spanischen und französischen Staat ein Abkommen getroffen werden sollte, das den Bürgern von *Euskal Herria* die Entscheidung über die politische Zukunft der baskischen Gebiete ermöglichen sollte. Die *ETA* kündigte kurz nach der Verkündung des *Paktes von Lizarra* einen Waffenstillstand an.

Wegen mangelnder parlamentarischer Rückendeckung konnte dieses Vorhaben jedoch erst nach den vorgezogenen Wahlen 2001, bei der die Unterstützer des *Paktes von Lizarra* eine deutliche Mehrheit erringen konnten, nicht weiter verfolgt werden. Die folgende baskische Regionalregierung unter der Führung des *lehendakari* Juan José Ibarretxe unternahm darauf hin Anstrengungen, ein weit reichendes neues Autonomiestatut auszuarbeiten. Im September 2002 stellte Ibarretxe im baskischen Parlament sein Zukunftsprojekt vor, das „einen neuen Status der freien Assoziation mit dem spanischen Staat“ vorsah und einen „Pakt des Zusammenlebens“

10 Eine präzise Darstellung dieser Entwicklung erfolgt in Kapitel 4.3.3.3.

ins Zentrum stellte, der auf der Anerkennung des Rechts des baskischen Volkes, eigenständig über ihre Zukunft entscheiden zu können, basierte (vgl. *ABC* vom 23.07.2003). In den Folgejahren wurde unter der Führung von Ibarretxe eine entsprechender Vorschlag eines neuen baskischen Autonomiestatuts, der so genannte ‚Ibarretxe-Plan‘ vorgelegt, der vom baskischen Parlament mehrheitlich angenommen, vom spanischen jedoch abgelehnt wurde (vgl. Bray/Keating 2006). Der Prozess der Revision der bestehenden Autonomieregelung geriet ins Stocken. Der Alternativplan der baskischen Regierung, eine Volksbefragung über die Frage der politischen Zukunft des Baskenlandes und des „Rechts der baskischen Bevölkerung, über seine politische Zukunft zu entscheiden“ im Oktober 2008 abzuhalten, scheiterte ebenso. Das spanische Verfassungsgericht erklärte das baskische Gesetz über Volksabstimmungen, das die Volksbefragung einleiten sollte, für verfassungswidrig (vgl. *El Público* vom 25.10.2008).

Als Reaktion auf die neuartige nationalpolitische Profilierung des *PNV* und des breiten Konsenses der einzelnen Parteien und Fraktionen der baskischen Nationalbewegung, eine umfassende Revision des baskischen Autonomiestatuts zu unternehmen, bildete sich ein Gegenblock heraus, der so genannte ‚frente constitucionalista‘, d.h. der ‚verfassungstreue Block‘, der aus den baskischen Ablegern des *PP* und des *PSOE* besteht. Dieser hat sich das Ziel der Verteidigung der spanischen Verfassung, der territorialen Einheit Spaniens und des bisherigen Autonomiestatuts im Baskenland gesetzt. Im Jahre 2009 gelingt es dem ‚konstitutionalistischen Block‘ schließlich die parlamentarische Mehrheit im Baskenland zu erlangen und die knapp 30 Jahre währende Dominanz des baskischen Nationalismus zu brechen¹¹. Die ideologische Spaltung in ‚nacionalistas‘ und ‚constitucionalistas‘ markiert weiterhin die zentrale Fragmentierung der politischen Orientierungen im Baskenland, die lediglich der baskische Ableger der spanischen Linkspartei, die *EB*, zu überwinden versuchte. Sie hatte lange Zeit ihren Auftrag darin gesehen, zwischen den beiden Blöcken zu vermitteln und vor allem die Spaltung der progressiv-nationalistischen und linken Kräfte des Baskenlandes zu überwinden. Dieser Versuch ist letztlich gescheitert, was sich darin zeigt, dass die *EB* immer mehr an politischer Bedeutung und Zuspruch bei den Wählern verlor. Der parteiinterne, nationalistisch orientierte Flügel um Oskar Matute hat sich schließlich 2009 von der *EB* abgespalten, um die sozialistisch-antikapitalistische und dezidiert nationalbaskische Formation *Alternatiba* zu gründen.

11 Der Sieg des konstitutionalistischen Blocks bei den Wahlen zum baskischen Parlament im März 2009 ist als „Sieg der Demokratie“ gefeiert worden, hatte allerdings zur Voraussetzung, dass die Liste der *Izquierda Abertzale*, die in den vorangegangenen Wahlen zwischen 10 und 15 Prozent der Stimmen erlangt hatte, nicht zu den Wahlen zugelassen wurde; vgl. hierzu Eser (2009).

Der Radikalisierung des nationalpolitischen Profils des bürgerlich-moderaten *PNV* seit Ende der 90er Jahre entspricht eine analoge Bewegung auf dem politischen Feld Kataloniens. Dort regte sich zur gleichen Zeit in der katalanischen Nationalbewegung vermehrt die Skepsis gegenüber dem vorherrschenden katalanischen Autonomiestatut. Im Juni 1998 kamen in Barcelona die Vertreter der moderaten Mehrheitsflügel der baskischen (*PNV*), katalanischen (*CIU*) und galicischen Nationalbewegung (*Bloque Nacionalista Galego*; *BNG*) zusammen, um in der so genannten ‚Erklärung von Barcelona‘ ihre Unzufriedenheit mit dem Autonomisierungsprozess auszudrücken. Sie forderten den Aufbau eines plurinationalen Staates konföderalen Typs, der die Souveränität der einzelnen Nationen und das Recht auf Selbstbestimmung anerkennt und den plurinationalen Realitäten Spaniens gerecht wird. Die Forderung, dass die baskische Bevölkerung selbst über die politische Zukunft und territoriale Ausgestaltung des Baskenlands verfügen sollte, die der *PNV* seit dem *Pakt von Lizarra* und unter der Führung von Ibarretxe zur zentralen Parteistrategie gemacht hat, erhält auch in der katalanischen Nationalbewegung zunehmend Anhänger. Die Forderung nach dem ‚dret de decidir‘, dem „Recht, zu entscheiden“, bewegt zunehmend auch die katalanische Politik. Der viel diskutierte *soberanismo*¹², der darauf abzielt, die Bevölkerungen der historischen Regionen selbst über ihre Zukunft entscheiden zu lassen und die Regionen als souveräne Entscheidungsräume zu konstituieren, wird in der ohnehin secessionistisch ausgerichteten *ERC* sowie zunehmend auch im bürgerliche Lager der *CiU* befürwortet. Der Souveränismus der *CiU* ist jedoch deutlich schwächer ausgeprägt als im Vergleich zum baskischen, bürgerlichen Pendant der Nationalbewegung, dem *PNV*. Die politische Kultur und klassische Taktik des Katalanismus, mit der spanischen Regierung zusammenzuarbeiten, um weitere Sonderrechte für Katalonien zu erringen, ist dominanter als der Drang zum politischen Bruch, den das selbstbewusste Einfordern eines katalanischen, souveränen Entscheidungsraums darstellen würde¹³. Neben der *ERC* hat sich auch die ökosozialistische *ICV* zu souveränistischen Forderungen bekannt (vgl. *ICV* 2010).

2010 hat sich schließlich eine neue Partei, die *Solidaritat Catalana per la Independència* (*SI*), im katalanischen Parteiensystem gegründet. Sie ist aus der parteiin-

12 Im Folgenden werde ich „soberanismo“/„soberanista“ mit „Souveränismus“ bzw. „souveränistisch“ übersetzen, auch wenn der Begriff im Deutschen bislang anders verwendet wird, nämlich zur Bezeichnung radikaler Europakritiker und deren Forderung nach Renationalisierung.

13 Die Radikalisierung des moderaten bürgerlichen Katalanismus und der *CiU* seit der überwältigenden Beteiligung an der *diada* im September 2012, auf der die Unabhängigkeit Kataloniens gefordert wurde, stellt eine jüngere Entwicklung dar, deren weiterer Verlauf noch nicht ausgemacht ist und im Rahmen dieser Arbeit auch keine Berücksichtigung finden kann.

ternen, radikalnationalistischen Strömung der *ERC*, der *Esquerra Independentista*, die sich gegen die Fortsetzung der Koalition mit dem *PSC* und der *ICV* aussprach, weil der Weg der Reform des Autonomiestatuts ausgetreten sei, hervorgegangen und setzt sich für das primäre politische Ziel der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens ein. Neben enttäuschten Mitgliedern der *ERC* konnte die *SI* zudem auch radikalnationalistisch gesinnte Spektren aus der *CiU* anziehen, wie z.B. Alfons López Tena. Die *SI* erhielt bei den katalanischen Parlamentswahlen 2010 3,29 % und konnte vier Parlamentsabgeordnete stellen. Die Gründung des *Cercle d'Estudis Sobiranistes*, der sich als Debattenforum der juristischen und ökonomischen Dimensionen der Unabhängigkeit Kataloniens versteht, repräsentiert ebenso eine souveränistische Tendenz im katalanischen Bürgertum und im bürgerlichen Katalanismus.

Den jüngsten, interessanten Entwicklungsschritt in der Geschichte des nationalen Konflikts im Baskenland stellt die definitive Gewaltverzichtserklärung der *ETA* im Oktober 2011, der zaghaftere Erklärungen am 10.1.2010 und im September 2010 vorangegangen waren, dar (vgl. Batista 2011). Zuvor hatte die Basis der *IA* in mehreren Diskussionsrunden auf lokaler Ebene die Parteierklärung der *IA*, die so genannte *Declaración de Alsasua*, debattiert und angenommen. Diese enthält das Plädoyer für die ausschließliche „politische und demokratische Konfrontation“ (vgl. *El Mundo* vom 03.01.2010). Dem Votum der Basis für die Distanzierung von der Gewaltstrategie scheint die *ETA* Folge geleistet zu haben - ein Novum in der Geschichte der *IA*, in der sich der militärische Apparat in strittigen Fragen, vor allem strategisch-taktischer Natur, stets durchgesetzt hatte. Auch wenn die Fernwirkungen dieses Entwicklungsschritts und die Auswirkungen auf die baskische Politik noch nicht genau eingeschätzt werden können, kann zumindest eine ‚Normalisierung‘ der politischen Verhältnisse in der Hinsicht konstatiert werden, dass die *IA* wieder zu Wahlen antreten kann, zwar nicht als eigene Partei, aber doch als wichtiger Bestandteil verschiedener Bündnislisten. Zu den Kommunalwahlen 2011 konnte die *IA* in der neu gegründeten Wahlliste *Bildu*, deren Bestandteil zudem die *EA* und *Alternatiba* waren, antreten. Sie ging aus diesen Wahlen mit 25,45 % als zweitstärkste Kraft, kurz hinter dem *PNV*, hervor. Bei den Wahlen zum spanischen Parlament im November 2011 konnte die links-souveränistische Bündnisliste *Amaiur*, der sich neben *Bildu* auch noch *Aralar* angeschlossen hatte, einen weiteren Wahlsieg verzeichnen. Sie wurde mit 24,12 % der Stimmen wieder zweitstärkste Kraft im Baskenland und entsendet die meisten baskischen Abgeordneten in den spanischen Kongress.

